

Nr.

AA - Ordner

Behandlung jüdischen Vermögens

angefangen : \_\_\_\_\_ 19\_\_\_\_  
beendet : \_\_\_\_\_ 19\_\_\_\_

Landesarchiv Berlin  
B Rep. 057-01

Nr.: **4841**



Stolzenberg  
Bestell-Nr. 1

Bei Behördenbestellung  
ist dies die Titelseite

1 p 4 167 (RSHA)  
Dokumenten Beischick 1



II A 5a

Ricks

9. 10. 41  
14. 10. 41  
25. 11. 41  
25. 11. 41  
27. 11. 41  
24. 1. 42  
14. 1. 42  
14. 1. 42  
15. 1. 42  
15. 1. 42  
15. 1. 42  
15. 1. 42  
14. 1. 42  
14. 1. 42  
14. 1. 42  
20. 1. 42  
20. 1. 42  
20. 1. 42

ab 22.1.42  
EU 8

Bilpings

29. 9. 41  
12. 1. 42  
15. 4. 42  
4. 2. 42  
20. 2. 42  
20. 2. 42  
2. 3. 42  
12. 3. 42  
25. 4. 42  
25. 6. 42  
25. 6. 42  
24. 9. 42  
29. 9. 42  
3. 10. 42  
12. 11. 43  
26. 1. 43  
4. 3. 43

Nejens

23. 3. 42

Juha

7/12. 7. 42  
3. 4. 43

Dr. Langemann

13. 2. 43

Engelmann

8. 7. 42

~~Bilpings~~



AA Mel u A 2614

Reichssicherheitshauptamt

II A 5 Nr. 1043/41-212-

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 29. September 1941  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 1200 40

An  
das Auswärtige Amt  
in Berlin W 8,  
Wilhelmstr. 74-76

Weiterleitung an  
DU bittet um Beteiligung  
Berlin, den 11. 10. 41

D III 8380  
✓

Betrifft: Juden ausländischer Staatsangehörigkeit.  
Bezug: Ihr Schreiben vom 16.6.41 - I D III 2491 -.

In Ihrem Schreiben vom 16.6.41 haben Sie den Standpunkt vertreten, dass Juden ausländischer Staatsangehörigkeit wie inländische Juden zu behandeln seien mit Ausnahme der vermögensrechtlichen Angelegenheiten, wo Repressalien zu erwarten seien. Im Absatz 2 Ihres Schreibens haben Sie jedoch gebeten, in jedem Einzelfalle vorher Ihre Stellungnahme einzuholen.

Vonseiten des Reichssicherheitshauptamtes bereits in zahlreichen Fällen gegen Juden ausländischer Staatsangehörigkeit eingeschritten werden, soweit es sich um die Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit und um die Einziehung ihres Vermögens handelte. Das Auswärtige Amt wurde bisher nur in den Fällen bemüht, in denen Repressalien zu erwarten waren. Von der Einholung Ihrer Stellungnahme wurde dagegen in den Fällen abgesehen, wo es sich um Juden handelte, die die Staatsangehörigkeit der von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebiete sowie die palästinensische Staatsangehörigkeit besitzen. Die hier infrage stehenden Juden haben fast durchwegs früher die Reichsangehörigkeit besessen und erst nach ihrer Auswanderung die fremde Staatsangehörigkeit erworben.

K208105

Es würde eine erhebliche Vermehrung des Geschäftsganges und Schriftwechsels bedeuten, wenn in allen diesen Fällen Ihre Stellungnahme nunmehr eingeholt werden sollte, auch würden die Staatspolizei(leit)-stellen durch die vermehrte Berichterstattung ausserordentlich belastet werden. Aus diesen Gründen bitte

bei 5690  
mit 27. bei Form  
Antrag  
29. 10.

Kunzeblitz

82-32

269



AA mel to A 2674

ich um Ihr Einverständnis, daß es der Einholung Ihrer  
Stellungnahme nicht bedarf, soweit es sich um Maßnahmen  
gegen Juden handelt, die die Staatsangehörigkeit der  
besetzten Gebiete (Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien,  
Luxemburg, Frankreich, Polen, Jugoslawien, Griechenland  
oder die palästinensische oder die rumänische Staats-  
angehörigkeit haben.

Im Auftrage:

gez. Dr. B i l f i n g e r

Beglaubigt

*Keller*

Kanzleiangestellte

-Wo-

K208106



0L6



AA Me II A 26/4

Vermerk: Siehe Aufzeichnung D III 660 g

D III

zu D III 8380

8521

Wv. 19.12. 1941

Dem Reichssicherheitshauptamt war am 10. Juni 1941 (unter D III 2491 Ang. I) mitgeteilt worden, dass

- 1.) Juden ausländischer Staatsangehörigkeit wie inländische Juden zu behandeln sind mit Ausnahme der vermögensrechtlichen Angelegenheiten, wo Repressalien zu erwarten sind,
- 2.) vor Ergreifung irgendwelcher Massnahmen gegen Juden ausländischer Staatsangehörigkeit in jedem Einzelfall vorher das Auswärtige Amt zu unterrichten und dessen Stellungnahme einzuholen ist.

In seinem Schreiben vom 29. Sept. 1941 (D III 8380) setzt das R. S. H. A. das Auswärtige Amt in Kenntnis, dass es bisher bereits in zahlreichen Fällen gegen Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeit staatspolizeilich und auch vermögensrechtlich eingeschritten ist und dass es das Auswärtige Amt nur mit den Fällen befasst hat, in denen (nach Ansicht des R. S. H. A.) Repressalien zu erwarten waren. Bei Massnahmen gegen Juden, die die Staatsangehörigkeit der von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebiete sowie die palästinensische Staatsangehörigkeit besitzen, wurde von der vorherigen Einholung einer Stellungnahme des Auswärtigen Amts abgesehen.

K208107

Aus Gründen einer Vereinfachung des Geschäftsganges bittet das R. S. H. A., bei seiner bisherigen Handhabung bleiben zu dürfen, d. h., dass es der Einholung der Stellungnahme des Auswärtigen Amts nicht bedarf, soweit es sich um Massnahmen gegen Juden handelt, die die Staatsangehörigkeit der besetzten Gebiete (Norwegen, Dänemark, Hol-



271



AA Me u A 26/4

land, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Polen, Jugoslawien, Griechenland) oder die palästinensische oder die rumänische Staatsangehörigkeit haben.

D III schlägt vor, der Bitte des R. S. H. A. mit der Ausnahme der rumänischen Juden zu entsprechen, d. h. es bei ~~der~~ <sup>früher</sup> bisherigen Handhabung zunächst zu belassen. Hinsichtlich der Juden rumänischer Staatsangehörigkeit wird z. Zt. noch eine Sonderbehandlung erforderlich sein, da aus den letzten Berichten<sup>1)</sup> der Deutschen Gesandtschaft in Bukarest hervorgeht, dass durch die noch deutschem Muster veranlassten gleichartigen Massnahmen der Rumänischen Regierung Schwierigkeiten bei der Sicherung des Besitzes dort lebender deutscher Juden entstanden sind.

Über Herrn

U. St. S. Luther

der

Politischen Abteilung

Handelspolitischen Abteilung und

Rechtsabteilung

T, IV, IX

mit der Bitte um Stellungnahme übersenat.

Berlin, den 27. Oktober 1941

K208108

*[Signature]*  
Legationsrat



212



23. JAN 1942

AA me a 4 26/4

**Sicherheitshauptamt**

A 5 Nr. 1043/41 - 212.

Berlin SW 68, den 20. Januar 1942.  
Wilhelmstraße 102

In der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum  
anzugeben

Bfg.

erleiten an III An das  
bittet um Bestätigung Auswärtige Amt,  
Berlin, den 14.1.42 ph

Berlin W. 8.

Wilhelmstr. 74/76.

Betr.: Juden ausländischer Staatsangehörigkeit.

Bez.: Ihr Schreiben v. 16.6.41 - I D III 2491 und mein  
Schreiben vom 29.9.1941 - II A 5 Nr. 1043/41 - 212.

8436  
V/A

mit im III 8382 im Ref.

Mit meinem Schreiben vom 23. September 1941 bat ich um  
grundsätzliche Stellungnahme hinsichtlich der Feststel-  
lung der Volks- und Staatsfeindlichkeit und Vermögensein-  
ziehung gegenüber Juden ausländischer Staatsangehörigkeit.

Da ich bis heute noch keinen Bescheid erhalten habe,  
erlaube ich mir, mein Schreiben in Erinnerung zu bringen.

K208117

Im Auftrage:  
gez. R i c h t e r.



Beglaubigt:

Lippke,  
Kanzleiangestellte.

im Jfl

82-32

7-38-9

273



AS me II A 26/4

den 9. Juli 1942

D III 428 42  
=====

Auf die Schreiben vom 29. September 1941 und vom  
20. Januar 1942 - II A 5 Nr. 1043/41 - 212 -,  
betreffend Juden ausländischer Staatsangehörigkeit.

Mit Beziehung auf den Schlußsatz des nebenbezeichneten Schreibens vom 29. September 1941 bemerke ich, daß ich auf die Einholung meiner Stellungnahme nicht im gewünschten Umfange verzichten kann.

Im einzelnen darf ich hierzu auf folgendes aufmerksam machen:

Auf die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes kann verzichtet werden, soweit es sich um Juden mit norwegischer, polnischer, luxemburgischer, griechischer und jugoslawischer Staatsangehörigkeit handelt. Hinsichtlich der Juden mit sowjetrussischer Staatsangehörigkeit einschließlich der Angehörigen der früheren Balkanstaaten geht das Auswärtige Amt davon aus, daß sie wie die übrigen Feindstaatsangehörigen bereits interniert sind. Von weiteren Maßnahmen wird gebeten, vorerst abzusehen.

Die Staatsangehörigen des britischen Reichs - einschließlich der Dominien und Mandatsgebiete, insbesondere auch Palästinas - und ihr Vermögen werden nach Grundsätzen behandelt, für die Gesichtspunkte der Gegenseitigkeit und Austauschmöglichkeiten maßgebend sind. Es muß vermieden werden, daß Juden britischer Staatsangehörigkeit - einschließlich, wie oben gesagt, der Dominien und Mandatsgebiete, insbesondere Palästinas - einer Sonderbehandlung hinsichtlich ihrer Person oder ihres Vermögens unterworfen werden, weil dies Rückwirkungen auf die Behandlung der Person und des Vermögens von deutschen Staatsangehörigen im Britischen Reich geben könnte.

An

das Reichssicherheitshauptamt

B e r l i nSowei

K208119

275-



44 me u 4 26/4

Soweit dem Reichssicherheitshauptamt Fälle bekannt werden, in denen sich Juden britischer Staatsangehörigkeit, einschließlich Palästinajuden, noch im deutschen Herrschaftsbereich und im Genuß ihres Vermögens befinden, ist anzunehmen, daß bewußt gegen sie bisher nicht vorgegangen ist. Maßnahmen dürfen gegen sie nicht ergriffen werden. In Zweifelsfällen darf ich bitten, das Auswärtige Amt und, falls Maßnahmen gegen ihr Vermögen in Betracht kommen, den Reichskommissar für das feindliche Vermögen zu befragen. Ohne Zustimmung dieser Stellen sollte gegen Juden britischer einschließlich palästinensischer Staatsangehörigkeit, nichts unternommen werden.

Auch Maßnahmen gegen Juden belgischer Staatsangehörigkeit sind bedenklich, weil sich in Belgisch-Kongo internierte Deutsche und deutsche Vermögenswerte befinden, die Vergeltungsmaßnahmen ausgesetzt sind; ebenso sind Maßnahmen gegen Juden niederländischer Staatsangehörigkeit bedenklich. Maßnahmen gegen Juden französischer Staatsangehörigkeit sollten vor ihrer Durchführung dem Auswärtigen Amt angezeigt werden, damit etwaige politische Auswirkungen geprüft werden können.

Bezüglich der Juden aus anderen europäischen Staaten wird die Zulässigkeit jeder Maßnahme gegenwärtig zunächst vom Auswärtigen Amt an der Hand der bestehenden Handelsverträge zu prüfen sein; das Auswärtige Amt würde daher auch insoweit vor Weiterem zu befassen sein.

Daran, daß hinsichtlich der Juden mit der Staatsangehörigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika Maßnahmen nicht ohne Zustimmung des Auswärtigen Amtes erfolgen sollten, hat sich nichts geändert; dasselbe gilt hinsichtlich der Juden mit mittel- oder südamerikanischer Staatsangehörigkeit.

Im Auftrag

gez. ~~Reichskommissar~~

*Wingmeyer*

K208118

0418024

274



**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

II A 5 Nr. 840<sup>III</sup>/41-212-.

Bleibe in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

An  
das Auswärtige Amt  
Berlin W 8.

*AA Date II A 30/4*  
*3074*  
Berlin SW 11, den 9. Oktober 1941.  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 1200 43

*(D III 8436)*  
*9865*

Betrifft: Vermögen eines jüdischen Emigranten, der inzwischen die amerikanische Staatsangehörigkeit erworben hat.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 16.6.1941 - I D III 2421-.

- - -

*bei 5690; 8980*

Der im Jahre 1933 nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika ausgewanderte Jude Prof. Dr. med. Paul Neukirch, 21.12.85 in Frankfurt/Main geboren, zuletzt in Düsseldorf, Freiligrathstraße 17, wohnhaft gewesen, jetzt in New York, Park Avenue 829 bzw. Scarsdale N.Y., besitzt im Inland noch Vermögen in Höhe von etwa 12.000.--RM. Der Genannte will am 19.5.39 die Staatsangehörigkeit der USA erworben haben.

Bei reichsdeutschen jüdischen Emigranten ist ohne weiteres zu unterstellen, daß sie sich in der bei Juden üblichen Weise im Ausland deutschfeindlich betätigen. Ich beabsichtige daher, zur Einziehung des im Inland vorhandenen Vermögens die nach dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14.7.33 (RGBl. I S. 479) erforderliche Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit zu treffen.

Ich bitte um Stellungnahme, ob gegen die Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit des Juden Neukirch und die Einziehung seines hier vorhandenen Vermögens Bedenken bestehen. In politischer Hinsicht ist N. während seines Aufenthalts in Deutschland nicht hervorgetreten.

Im Auftrage:

*Rufner*

K528925

*Eintrag  
Antrag  
20.10.*

Mn

82-32

1142

1/2





AA Mel. II A 30/4  
30/4

**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 14. Oktober 1941  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 1200-40

II A 5 Nr. 3283/41 - 212 -

Bitte in der Antwort vorführendes Gefährdungs- u. Datum anzugeben

An  
das Auswärtige Amt  
in Berlin W 8.

Weiterleiten an  
D II bittet um Beteiligung  
Berlin, den 14.10.41

8521  
eing. 2. 10. 1941  
Rat Durchg.

Betrifft: Vermögen eines jüdischen Emigranten, der inzwischen die amerikanische Staatsangehörigkeit erworben hat.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 16.6.1941 - I D III 2491.

Der am 14.12.1936 nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika ausgewanderte Jude Hans Israel Winter, geboren am 5.1.1900 in Köln, seine Ehefrau Margarete geborene Merril, geboren am 10.4.1898 in Köln, und deren Kinder Jean Ernst Winter, geboren am 28.7.1931 in Köln, und Margarete Emmy Winter, geboren am 12.7.1932 in Rodenkirchen b. Köln, letzter inländischer Wohnsitz Rondorf b. Köln, jetzt Milwaukee, Wisconsin USA, besitzen im Inland noch erhebliches Vermögen an Bankguthaben und Wertpapieren. Der Genannte hat inzwischen die amerikanische Staatsangehörigkeit erworben.

Bei diesen reichsdeutschen jüdischen Emigranten ist ohne weiteres zu unterstellen, daß sie sich in der bei Juden üblichen Weise im Ausland deutschfeindlich betätigen. Zur Einziehung des im Inland vorhandenen Vermögens beabsichtige ich daher, die nach dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14.7.1933 (RGBl. I S. 479) erforderliche Feststellung der volks- und Staatsfeindlichkeit zu treffen.

Ich bitte um Stellungnahme, ob gegen die Feststellung der volks- und Staatsfeindlichkeit und die Einziehung des im Inland vorhandenen Vermögens der oben Genannten Bedenken bestehen. In politischer Hinsicht sind sie während ihres Aufenthalts in Deutschland nicht hervorgetreten.

Im Auftrage:

gez. Richter

Beglaubigt:

Kanzleiangestellte

Gs

K329005

82-32 WA

Am Jk: r

9/11



AA Mel. II 42873/3

27. NOV. 1941

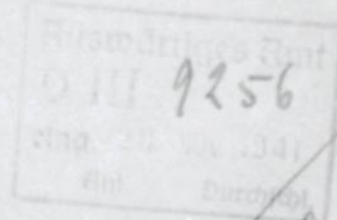
**Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 25. November 1941  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 120040

II 4 5 - Nr. 1114/41-212-

in der Antwort vorliegendes Gefährdungszeichen u. Datum anzugeben

An  
das Auswärtige Amt  
in Berlin.



Betrifft: Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit.  
Bezug: Ohne.

Die jüdischen Eheleute Meier genannt Markus  
Wertheimer, geb. am 8.1.1879 in Nonnenweier, und Ida  
Sara geb. Bloch, geb. am 8.7.1884 in Eichstetten, sind  
im Jahre 1934 nach Frankreich geflüchtet. Sie haben dort die  
französische Staatsangehörigkeit erworben und dadurch  
die deutsche verloren.

Der Aufenthalt der Vorgenannten in Frankreich  
und die durch ihre rassische Abstammung bedingte Gegner-  
schaft zum nationalsozialistischen Deutschland lassen  
keine Zweifel an ihrer deutschfeindlichen Tätigkeit zu.  
Es beabsichtigt daher, die Beschlagnahme ihres Vermögens  
nach den Bestimmungen über die Einziehung volks- und staats-  
feindlichen Vermögens vom 14.7.1933 auszusprechen und bitte  
um die dortige Zustimmung.

Im Auftrage:  
ges. Richter

K526560

Geblaubigt:

Lippke

Finanzstellenleiter

Sonn.

Die Lippkeform der Einziehung ist nach der  
Lippkeform der Einziehung zu verstehen,  
da eine ständige Befragung der jeweiligen Finanzstellen  
keine Einziehung ist, da der allseitige Befragung ist  
der Vermögensgegenstände werden sollen, welche auf dem  
Lippkeform der Einziehung sind.  
82 39





FK

Berlin, den 11. September 1942 z. d. D. III. 9256

Der  
 der Chef des Vorkaufsstellen-  
 Ganges wird der PD  
 Ang. des Vorkaufsstellen-  
 25. November 1941  
 - II St 5 Ver. 111 4. 41  
 - 212 - über die jüdische  
 Halbesche französische  
 Kollisionsfähigkeit dieser,  
 genannt Marked, West-  
 frucht und Frau Rosa  
 geb. Bloch

Im 240<sup>1/2</sup>

K326562

Ref. i. D. D. Müller

Der Ref.:

bei Vol. II (1941)

" (1942) (1943)

3. Mtg.

L. g. D. D.

Die Befehlsgewalt der  
 Eingangs der Kollisions-  
 gewalt der unterbreitung  
 der jüdischen französischen  
 Kollisionsfähigkeit <sup>ist</sup> ~~ist~~  
 nicht vereinbar mit der  
 Bestimmung der Kollisions-  
 normenbestimmung  
 der eine Kollisions-  
 handlung der Kollisions-  
 gewalt

abg.

beenden!

24



AA Mel. II A 2873

der Eigentum ist  
zu in Einklang zu  
~~den allmählich~~  
~~gew. aber das~~  
~~geschaffen werden~~  
~~den, was~~

der die Grabschrift  
Maßnahmen werden  
zu die die Grabschrift  
noch zu den  
da die Grabschrift  
sein.

F. O.

(H. K. in) 11. J. 11.  
11. 11.

K526565

11. 11. 11.  
11. 11. 11.





AA Mel, 4 A 28873

AA 114 15 JAN 1942

**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 12. Januar 1942.  
Prinz-Albrecht-Straße 8

Sechsbereich: Ostseebereich 12 00 40, Sechsbereich 12 04 21

Auswärtiges Amt  
D III 240  
eing. 19 JAN 1942  
Ant. Durchsch.  
4327

HA 5 Nr. 111411/41 -  
In der Antwort vorliegendes Gefährdungs- u. Datum anzugeben

D III

17.1.42

VP

An das  
Auswärtige Amt

- z.Hd. von Herrn Legationsrat Rademacher -

Berlin

**K326564**

Betrifft: Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens.

Bezug: Schreiben vom 1.1. 1942 - D III 9256.

Mit dem Reichskommissar für das Feindvermögen und dem Auswärtigen Amt bestand bisher Übereinstimmung darüber, daß die Einziehung wegen volks- und staatsfeindlicher Betätigung grundsätzlich auch bei solchen Vermögen zulässig ist, die der Feindvermögensverordnung unterliegen, daß also insoweit die Bestimmungen über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vorgehen.

Zur Vermeidung außerordentlich unerwünschter Rückwirkungen wird jedoch von dieser Möglichkeit nur Gebrauch gemacht, wenn das Auswärtige Amt im Einzelfall keine Bedenken hat. Aus diesem Grunde habe ich in der letzten Zeit eine Reihe von Anfragen dorthin gerichtet, die zum Teil ablehnend, zum Teil zustimmend beantwortet wurden. In dem vorliegenden Fall der jüdischen Eheleute französischer Staatsangehörigkeit Wertheimer glaube ich jedoch nicht, daß solche außerordentlichen Bedenken bestehen, zumal auch als Begründung für die Ablehnung von dort nur auf die Feindvermögensgesetzgebung verwiesen wurde.

Ich bitte daher um nochmalige Prüfung unter den oben angedeuteten Gesichtspunkten.

Im Auftrage:

Dr. Silja

Beauftragter:

Lippert

42-32 P. H.

JK

255



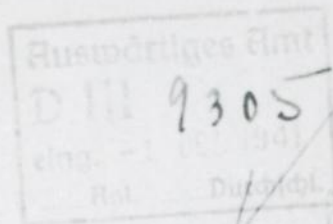


**Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

44 Mel. A 29/7  
29/2  
Berlin SW 11, den 25. November 1941  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

S - Nr. 3388/41-212-  
Betreffend vorliegendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Auswärtige Amt  
Berlin



Betrifft: Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit.  
Bezug: Ohne.

Der Jude Abraham Itzig K a t z , geb. am 20.3. 1864 in Stanistie, Bukowina, ist mit seiner Ehefrau Bluma geb. Wald, geb. am 15.9.1866 in Wien, im Jahre 1938 nach Basel geflüchtet. Die Eheleute Katz besitzen die rumänische Staatsangehörigkeit.

Sie haben der Vaterländischen Front als Mitglieder angehört. Die Parteitendenz der Vaterländischen Front war hauptsächlich auf die Bekämpfung nationalsozialistischer Parteimitglieder in Österreich ausgerichtet und bezweckte die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich zu verhindern.

Da die Voraussetzungen für die Einziehung des Vermögens nach der Verordnung über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens im Lande Österreich vom 18.11.1938 - RGBl. I, S. 1626 - vorliegen, beabsichtige ich, die Beschlagnahme des Vermögens durchzuführen und bitte um die dortige Zustimmung.

K527932

Im Auftrage:  
gez. Richter.

Beglaubigt:



Lippich

ausgestellt

Sehn.

82-32

Rinn

24



AA mel. u. A 2772/4

**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 27. November 1941  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

II A 5 Nr. 3411/41 - 212 -  
Date in der Antwort vorstehendes Gefährlichkeits- u. Datum anzugeben

An  
das Auswärtige Amt  
in Berlin.

Auswärtiges Amt  
D-III 9408  
eing. - 27.11.1941  
Hilf. Durchgeleitet

Betrifft: Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit.  
Bezug: Ohne.

Der Jude Siegfried Bieber, geboren am 21. 8. 1873 in Czersk, hat am 29.4.1935 das Reichsgebiet verlassen und hält sich z.Zt. in Tessin auf. Bieber hat die liechtensteinische Staatsangehörigkeit erworben und dadurch die deutsche verloren.

Gegen den Vorgenannten hat ein Verfahren wegen Vergehens gegen die Notverordnung vom 21.3.1933 geschwebt. Wie ferner bekannt wurde, hat er sich im Jahre 1940 bemüht, grössere Geldbeträge zur Unterstützung des jüdischen Einflusses auf die schweizerische Presse zu beschaffen. Im Hinblick auf sein deutschfeindliches Verhalten im Auslande beabsichtige ich daher, sein Vermögen nach den Bestimmungen über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens einzuziehen und bitte um die dortige Zustimmung.

**K326053**

Im Auftrage:  
gez. Richter



Beglaubigt:  
Kippel  
Kanzleiangestellte

Gs

Jsl

82-32 Cirokner

10/10/10





AA Mel. 28/4

Akt. 20. JAN 1942

**Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 14. Januar 1942  
Dring-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 120040

5 Nr. 1229/41 - 212 -  
Betreffend vorliegendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Auswärtiges Amt  
D III 298  
ang. 21. JAN 1942  
Anl. Durch  
✓ de

Auswärtige Amt  
Berlin 8.

K326700

Betrifft: Vermögen von Juden, die italienische Staats-  
angehörige sind.

Der Jude Hugo Schischka, geboren  
am 16.12.1884 in Rohrbach/Mattersburg (Niederdonau),  
italienischer Staatsangehöriger, und seine Ehefrau  
Lina, geborene Merpurgo, geboren am 28.3.1888 in  
Split, beide zuletzt Wien I, Walfischgasse 4, wohn-  
haft gewesen, sind nach Santiago (Chile) ausgewandert.  
Schischka war Mitglied der Vaterländischen Front, einer  
Kampforganisation, die den ausschließlichen Zweck hat-  
te, die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deut-  
schen Reich zu verhindern.

Zur Einziehung eines in Wien vorhandenen  
vorzugssperrguthabens von 24.000.--RM beabsichtige  
ich nach § 1 Abs. 2 der Verordnung über die Einziehung  
volks- und staatsfeindlichen Vermögens im Lande Öster-  
reich vom 18.11.1938 - RGBl. I S. 1620 - die Feststel-  
lung zu veranlassen, daß die Bestrebungen der Genannten  
volks- und staatsfeindlich gewesen sind.

Ich bitte um Stellungnahme, ob gegen die  
beabsichtigte Maßnahme Bedenken bestehen.

Im Auftrage:  
gez. Richter



Beglaubigt:  
Kanzleiangestellte

Gs

82-32 14

15/1/05

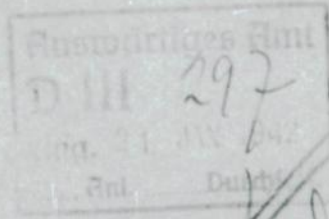
25



AA Mel. u. A 29/7 29/7

SA 5 Nr. 1232/41 - 212 -  
Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

Berlin SW 11, den 14. Januar 1942  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Sprechstunde: 12.00-4.00



Auswärtiges Amt  
Berlin W 8.

K527983

Betrifft: Vermögen von Juden, die rumänische Staatsangehörige sind.

Ich beabsichtige, zur Einziehung von Vermögen der jüdischen Eheleute Hans Popper, geboren am 7.6.1891 in Wien, rumänischer Staatsangehöriger und Elise Popper, geborene Goldsand, am 9.11.1893 in Wien geboren, zuletzt Wien 18, Türkenschanzstraße 25/I, wohnhaft gewesen, jetzt in New York, nach § 1 Abs. 2 der Verordnung über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens im Lande Österreich vom 18.11.1938 - RGBl. I S. 1620 - die Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit zu veranlassen. Die Voraussetzungen hierfür erscheinen gegeben, da die Genannten der Vaterländischen Front angehört haben, jener Kampforganisation der Systemregierung, welche den ausschließlichen Zweck hatte, die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich zu verhindern. Das zur Einziehung kommende Vermögen besteht aus einer Villa in Wien im Werte von 56667,-- RM und einem Grundstück in Velden am See im Werte von 14700,-- M.

Ich bitte um Stellungnahme, ob gegen die beabsichtigte Maßnahme Bedenken bestehen.

Im Auftrage:  
gez. Richter

Begleitet:

Handlungsstelle. Gs

25



AA mel. u. A 28711

28711

20. JAN 1942

**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 14. Januar 1942  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

A 5 - 1279/41 - 212 -  
in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Auswärtiges Amt  
D III 295  
eing. 21. JAN 1942  
Gef. Durchschl.  
✓

an Auswärtige Amt  
Berlin W 3.

Betrifft: Vermögen eines Juden, der jetzt türkischer Staatsangehöriger ist.

Der Jude Prof. Dr. Rudolf N i s s e n , geboren am 9.9.1896 in Meisse O/S., ist am 30.9.1933 von Berlin NW 7, Schumannstr. 20/21, mit seiner Ehefrau Ruth, geborene Becherer, geboren am 15.6.1908 in Berlin, nach der Türkei ausgewandert. Nach einer Auskunft des deutschen Generalkonsulats in Istanbul haben die Genannten am 3.7.1939 die türkische Staatsangehörigkeit erworben und damit die deutsche Staatsangehörigkeit verloren.

Da anzunehmen ist, daß sich Nissen im Auslande in der bei Juden üblichen Weise zum Nachteil des deutschen Reiches betätigt, beabsichtige ich, dessen im Inlande vorhandenes Vermögen - Sperrguthaben - einzuziehen und die hierzu nach dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14.7.1933 - RGBl. I S. 479 - erforderliche Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit treffen zu lassen.

Ich bitte um Stellungnahme, ob gegen diese Maßnahme Bedenken bestehen.

In Auftrage: **K326341**  
gez. R i c h t e r



Beglaubigt:  
*Keller*  
Kanzleiangestellte

Gs

82-32

Türkei

1978

28



AA Mel. 4 A 2872

**per Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 15. Januar 1942  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

A 5 Nr. 1198/41 - 212 -

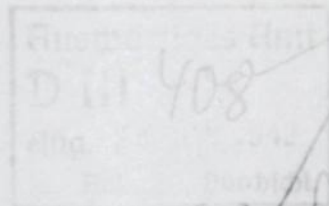
In der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Weiterleiten an

D U bittet um Befehl

das Auswärtige Amt

Berlin W.B.



Betrifft: Vermögen einer Jüdin, die englische Staats-  
angehörige sein soll.

Zur Einziehung von Vermögen der Jüdin Josefine von Reitzenstein, geborene Schönfeld, geboren am 23.4.1888 in Berlin, zuletzt in Potsdam-Babelsberg, Fürstenweg 28, wohnhaft gewesen, jetzt in England, beabsichtige ich nach dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14.7.1933 (RGBl. I S. 479) die Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit zu veranlassen. Die Genannte hat seinerzeit die SPD, der sie als Mitglied angehörte, finanziell unterstützt. Die Voraussetzungen für die beabsichtigte Feststellung scheinen hiernach gegeben. Ihr im Inland vorhandenes Vermögen besteht aus einem aus der Versteigerung von Umsatzgut herrührenden Erlös von 5363.--RM. Die Reitzenstein soll nach Angabe ihrer in Berlin wohnenden Tochter, des jüdischen Mischlings 1. Grades Josefine Frein von Reitzenstein, die englische Staatsangehörigkeit erworben haben.

Ich bitte um Stellungnahme, ob gegen die Einziehung Bedenken bestehen.

Im Auftrage:

gez. Richter

K326431

Beglaubigt:

Lipph.

Kanzleigestellte



Gs

82-32-Engl

7795



AA me. I A 29/7  
29/7

**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 15. Januar 1942  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 120040

I A 5 Nr. 1226/41 - 212 -

In der Antwort vorstehendes Stg. anzeichnen u. Datum anzugeben

Auswärtiges Amt  
D III 291  
eing. 19. JAN 1942  
Hilf. Durchf. *✓*

Weiterleiten an  
DU bittet um Beteiligung  
Berlin, den 20. 1. 42  
des Auswärtige Amt  
n Berlin W. 8

Betrifft: Vermögen jüdischer Eheleute, die rumänische  
Staatsangehörige sind.

*zyl*  
*8089*

Ich beabsichtige, zur Einziehung von Vermögen der  
jüdischen Eheleute Wilhelm Schiller, geboren am 17.7.38 in  
Jari (Rumänien), rumänischer Staatsangehöriger, zuletzt  
Wien 19, Obkircherg. 42 wohnhaft gewesen und Bronislawa  
Schiller, geb. Kornhäuser, geboren am 6.6.92 in Dobrzanica  
(ehem. Polen), und ihrer Kinder Stefan, geboren am 25.7.19  
in Krakau, und Mia, geboren am 30.11.26 in Wien, jetzt  
sämtlich in Paris wohnhaft, nach § 1 Abs. 2 der Verordnung  
über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens  
im Lande Österreich vom 18.11.38 (RGBl. I S. 1620) die Fest-  
stellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit zu veranlassen.  
Die Voraussetzungen hierfür erscheinen gegeben, da Schiller  
einem legitimistischen Verband angehört hat, dessen Auf-  
gabe es war, die Wiedervereinigung Österreichs mit dem  
Deutschen Reich zu verhindern. Das zur Einziehung kommende  
Vermögen besteht aus 2 Liegenschaften.

Ich bitte um Stellungnahme, ob gegen die beabsichtigte  
Maßnahme Bedenken bestehen.

Im Auftrage:  
gez. R i c h t e r

K327959

Beglaubigt:  
*Lippke*  
Kanzleiangeestellte.

Kr

82-32 *Russ*



16

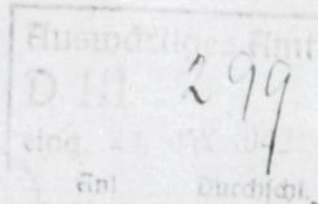


44 Jul. 2 A 301971

**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 15. Januar 1942  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: Ortsverkehr 12 00 40 - Fernverkehr 12 64 21

II A 5 Nr. 3381<sup>II</sup>/41 - 212 -  
Bitte in der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben



an  
das Auswärtige Amt  
Berlin W 8

K328202

Betrifft: Vermögen eines verstorbenen Juden, der slowakischer Staatsangehöriger war.

Der am 1.8.39 verstorbene Jude Adolf (auch Albert) Friedmann, geboren am 25.5.72 in Tapolesany, zuletzt Wien I, Schwarzenbergplatz 17, wohnhaft gewesen, war vom Jahre 1912 bis 20.4.38 deutscher Staatsangehöriger. Anlässlich der Wiedervereinigung der Ostmark mit dem Deutschen Reich wanderte Friedmann in die damalige CSR. aus, wurde tschecho-slowakischer Staatsangehöriger und nach Errichtung des Slowakischen Staates slowakischer Staatsbürger. Als Erben seines aus mehreren in Wien gelegenen Liegenschaftsanteilen bestehenden Vermögens werden 4 ungarische, 1 englischer und 2 amerikanische Staatsangehörige genannt.

Während seines Aufenthalts in Wien war F. Mitglied jener als "Vaterländische Front" bezeichneten Kampforganisation, die den ausschliesslichen Zweck verfolgte, die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich zu verhindern.

Ich beabsichtige, das hinterlassene Vermögen des Friedmann einzuziehen und hierzu nach § 1 Abs. 2 der Verordnung über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens im Lande Österreich vom 18.11.38 (RGBl. I S. 1620) die objektive Feststellung zu veranlassen, das Vermögen habe zur Förderung volks- und staatsfeindlicher Bestrebungen gedient. Die Voraussetzungen hierfür erscheinen mit Rücksicht auf die politische Betätigung des Friedmann gegeben.

Ich bitte um Stellungnahme, ob gegen die beabsichtigte Massnahme Bedenken bestehen.

Beglaubigt:

Im Auftrage:  
gez. Richter

Kanzleiangestellte

152



AA Mel. n A 30/1  
30/1

**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 15. Januar 1942  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: Ortsansche 12 00 40 - Fernansche 12 64 21

II A 5 Nr. 3417/11 - 212 -

Bitte in der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Auswärtiges Amt  
D III 300  
eing. 21. JAN 1942  
Gnt. Durchf. *he*

An  
das Auswärtige Amt  
Berlin W 8

K328191

Betrifft: Vermögen einer Jüdin, die slowakische Staatsangehörige ist.

Ich beabsichtige zur Einziehung von Vermögen der Jüdin Eugenie Ertler, geb. Gellis, geboren am 22.10.37 in Sopron, slowakische Staatsangehörige, zuletzt Wien VII, Mariahilferstrasse 80, wohnhaft gewesen, zur Zeit in Pressburg, die nach § 1 Abs. 2 der Verordnung zur Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens im Lande Österreich vom 18.11.1938 (RGBl. I S. 1620) erforderliche Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit zu veranlassen.

Die Jüdin gehörte der Vaterländischen Front an, einer Kampforganisation der Systemregierung, welche den ausschliesslichen Zweck hatte, die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich zu verhindern. Ausserdem wurde die Genannte am 24.6.38 wegen Übertretung von Devisenvorschriften zu 3000,- RM und 1 Monat Arrest verurteilt.

Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Feststellung, dass die Bestrebungen der Ertler volks- und staatsfeindlich gewesen sind, erscheinen hiernach gegeben. Ihr Vermögen besteht aus 2 Grundstücken und einer Geflügelfarm.

Ich bitte um Stellungnahme, ob gegen die beabsichtigte Massnahme Bedenken bestehen.

Im Auftrage:  
gez. Richter

Beglaubigt:  
*Keller*  
Kanzleiangestellte

Schn

wenden!

82-32

29



AA me. II A 3071  
3071

*verf. w. v. f.*

*901*

A.A. des 16. APR 1942

**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den **15. April** 194 <sup>2</sup>  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 120040

II A 5 Nr. 3417/41-212-  
Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

An  
das Auswärtige Amt - D III -  
in B e r l i n W 8

K328192

*Ingenieur Eble*

Betrifft: Vermögen einer Jüdin, die slowakische Staatsangehörige ist.

Für baldige Beantwortung meines Schreibens vom 15.1.1942

*Im 300* - II A 5 Nr. 3417/41-212- wäre ich dankbar.

Im Auftrage:

gez. Dr. Bilfinger

Beglaubigt:

*Keller*  
Kanzleiangeestellte

Sohn

*82-72 Ilow*

*D. III.*

*Der Botschafter  
von der  
Herrn R. K. Botschafter  
werden. Me. Das ist a. Botsch.  
s. B. Botschafter.*

*Am Botschafter mit der Botschafter.  
D. III der Botschafter. Botschafter. Botschafter.  
wenden!*



Handwritten signature or scribble.

Berlin, den 18. September 1942 | zu D III 300  
" 2251

i. An  
den Chef der Reichswehrpolizei  
und der P.D.  
Auf die Telegramme vom 15. Januar  
~~1942~~ und 15. April 1942 -  
II A 5 Nr. 3417/41 - 212 -  
betr. Eingekerkert von Angehörigen der  
Kontaktführer der Kollaboranten  
Juden eingekerkert werden soll.  
Gollit

K528194

Prof. i. H. Prof. R. Klingenstein  
Prof. Dr.  
in Pol. IV  
g. gll. VII.

Gegen die Verhaftung  
Eingekerkert der Kollab.  
gand der Juden total  
bestehen 3. Z. noch be  
stehen, das mit der  
Kontaktführer Regierung  
bisher kein solches  
Gefahrenverständnis besteht  
sind  
Prof. Dr. Klingenstein  
Gefahrenverständnis werden  
ist Mitteilung folgen las  
sen.  
7. Dr.

l. z. d. O.

R





**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

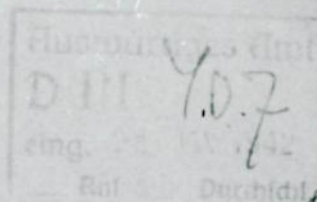
AA Mel. II A 3071  
3071  
Berlin SW 11, den 19. Januar 1942  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

II A 5 Nr. 1228/41 - 212 -

Date in der Antwort vorstehendes Gefährdungszeichen u. Datum anzugeben

An  
das Auswärtige Amt  
in Berlin W 8

Via *R. G. H.*  
Weiterleiten an  
DU bittet um Beteiligung  
Berlin, den 19.1.42 *fl.*



Betrifft: Einziehung des inländischen Vermögens von Juden, die slowakische Staatsangehörige sind.

Ich beabsichtige, Vermögen des Juden Leopold Steiner, geboren am 6. 9. 1893 in Wien, slowakischer Staatsangehöriger, zuletzt in Wien 9, Seegasse 7 wohnhaft gewesen, jetzt in Sao Paulo (Sudamerika), seiner Ehefrau Margarethe, geb. Pollak, geboren am 3. 7. 1896 in Wien und ihrer Tochter Hannelore, geboren am 9. 10. 1928 in Wien, einziehen und hierzu die nach § 1 Abs. 2 der Verordnung über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens im Lande Österreich vom 18. 11. 1938 - RGBl. I, S. 1620- erforderliche Volks- und Staatsfeindlichkeit feststellen zu lassen.

Der Genannte war Mitglied einer linksgerichteten Partei (SPÖ), die internationale Bestrebungen gefördert, den Nationalsozialismus bekämpft und die "Viedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reiche zu verhindern versucht hat.

Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit sind hiernach gegeben.

Das Vermögen besteht aus einem Grundstück in Wien im Werte von etwa 37.800.--RM.

Ich bitte um Stellungnahme, ob gegen die beabsichtigte Maßnahme Bedenken bestehen.

K328211

Im Auftrage:  
gez. Richter

Beglaubigt:

*Lippich*  
Kanzleigestellte



5



**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

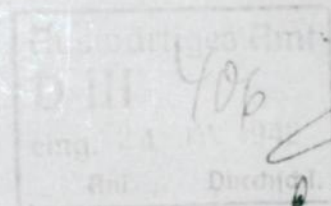
AA Mel. ü A 3071  
20/1  
Berlin SW 11, den 19. Januar 1942.  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 120040

II A 5 - Nr. 1230/41-212-.

Bitte in der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

An  
das Auswärtige Amt  
in Berlin W 8.

318  
Weiterleiten an  
DU bittet um Beteiligung  
Berlin, den 19.1.42



Betrifft: Einziehung des inländischen Vermögens eines Juden,  
der slowakischer Staatsangehöriger ist.

- - - - -

Ich beabsichtige, Vermögen des Juden Alader Strauss,  
geb. am 22.3.1906 in Senici. (ehem. CSR), slowakischer Staats-  
angehöriger, zuletzt in Wien 2, Malzgasse 12 wohnhaft gewesen,  
jetzt in Palästina, einziehen und hierzu die nach § 1 Abs. 2 der  
Verordnung über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen  
Vermögens im Lande Österreich vom 13.11.1933 - RGBl. I, S. 1620 -  
erforderliche Volks- und Staatsfeindlichkeit feststellen zu las-  
sen.

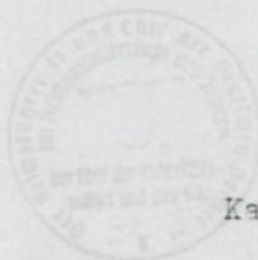
Der Genannte gehörte der Vaterländischen Front an, einer  
Kampforganisation der Systemregierung, die den ausschließlichen  
Zweck hatte, die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen  
Reich zu verhindern. Die gesetzlichen Voraussetzungen für die  
Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit sind hiernach  
gegeben.

Das Vermögen besteht aus Wertpapieren und Geschäftsanteilen  
im Gesamtwerte von etwa 20.000.--RM.

Ich bitte um Stellungnahme, ob gegen die beabsichtigte  
Maßnahme Bedenken bestehen.

Im Auftrage:  
gez. Richter.

K328270



Beglaubigt:  
Lippich  
Kanzleigestellte.

82-32 Loh

Mn



2

AA Mel. 4 A 3074 30/4

**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 19. Januar 1942  
Ding-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

II A 5 Nr. 1239/41 - 212 -

Bitte in der Antwort vorliegendes Geheimschreiben u. Datum anzugeben

An  
das Auswärtige Amt  
in Berlin W 8

212  
Gefördert an  
DH bitte um Beteiligung  
Berlin, den 19.1.42

409  
V. de

Betrifft: Einziehung von Vermögen einer Jüdin, die amerikanische Staatsangehörige ist.

Ich beabsichtige, das inländische Vermögen der Jüdin Flora Weisharth, verw. Jakobsberg, geb. Schall, geboren am 27. 12. 1887 in Beuthen, Kreis Beuthen O/S, zuletzt in Beuthen O/S, Ritterstr. 3 wohnhaft gewesen, einziehen und hierzu die nach dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14. 7. 1933 - RGBl. I, S. 479 - erforderliche Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit treffen zu lassen.

Die Genannte hat nach ihrer am 30. 3. 1939 erfolgten Abwanderung nach den USA durch Heirat die amerikanische Staatsangehörigkeit erlangt. Ihr Vermögen besteht aus 1/2 Anteil an einem Grundstück in Beuthen im Werte von etwa 18 000,--RM.

Die W. hat wiederholt für die KPD und deren Untergliederungen (Rote Hilfe usw.) Spenden in verschiedener Höhe gegeben. Die Voraussetzungen für die Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit sind deshalb gegeben.

Ich bitte um Stellungnahme, ob gegen die beabsichtigte Maßnahme Bedenken bestehen.

Im Auftrage:  
gez. Richter

Beglaubigt:

K528932



Lippke  
Kanzleifangestellte

Th

82-32 112

EW



AA Mel. II A 30/4

Leiden, den 02. Januar 1942

Id III 409

30/4

i. Br.

an Hofmeier Polizeipräsident

Leiden

Auf das Schreiben vom 19.

Januar 1942 - II. St. 5 Nr.

Id 39/41 - 212 - , betr. Beob.

hiesige Fingerring des inländischen

Arbeitszeugnis des inländischen

Arbeitszeugnis des inländischen

Arbeitszeugnis des inländischen

Mit Rücksicht auf die

zu erwartenden Gegen-

maßnahmen gegen das

höchste Verbot in

U. R. O. Befehl haben.

Bei gegen die beabsich-

tigten Maßnahmen.

H. O.

(Müller)

Prof. Dr. H. O. Müller

Herrn Prof.

bei Dr. H.

(Müller)

Prof. Dr. H.

2/2 Nr 2/2

3. Mitg.

2. 3. 2. O.

K328933

Id 31/1

13.16.7

1945

114



AA mel. u A 27774

**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 20. Januar 1942  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Sprechstunde: 12.00-4.00

II A 5 Nr. 1224/41 - 212 -

Bitte in der Antwort vorstehendes Gefährdungszeichen u. Datum anzugeben

An  
das Auswärtige Amt  
in Berlin.

Stempel: Auswärtiges Amt  
Hilfsmittel  
476  
Durchg.  
✓

Betrifft: Einziehung des inländischen Vermögens von  
Juden, die nicaraguanische Staatsangehörige  
sind.

*L. H. Witzig  
Nr. 345*

Ich beabsichtige, Vermögen des Juden Dr. Jo-  
hann S c h e n k , geboren am 22.12.1879 in Wien, ni-  
caraguanischer Staatsangehöriger, bisher in Wien 3,  
Riehrerplatz 4 wohnhaft gewesen, jetzt in Budapest, sei-  
ner Ehefrau Maria geborene Witzig, geboren am 16.7.1887  
in Moos, Ansfelden, O.B., deutschblütig, und ihres Kin-  
des Johann, geboren am 4.1.1923, jüdischer Mischling I.  
Grades, einziehen, und hierzu die nach § 1 Abs. 2 der  
Verordnung über die Einziehung volks- und staatsfeind-  
lichen Vermögens im Lande Österreich vom 18.11.1938 -  
RGBl. I S. 162c - erforderliche Volks- und Staatsfeind-  
lichkeit feststellen zu lassen.

Der Genannte war Mitglied der Vaterländischen  
Front, einer Kampforganisation der früheren österrei-  
chischen Regierung, die den ausschließlichen Zweck hatte,  
die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Rei-  
che zu verhindern. Die gesetzlichen Voraussetzungen für  
die Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit sind  
hiernach gegeben.

Das Vermögen besteht aus 2 Grundstücken in  
Wien, einem Grundstück in Wüdling bei Wien und einem  
Grundstück in Reichensau ND.

Ich bitte um Stellungnahme, ob gegen die beab-  
sichtigte Massnahme Bedenken bestehen.

Im Auftrage:

K326143

gez. Richter

Vorlaubigt:

*Keller*

Kanzleiangestellte

*gel*  
**werden!**

27-32 Maria





**er Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 20. Januar 1942  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

A 5 Nr. 1252/41 - 212 -  
In der Antwort vorhergehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Auswärtiges Amt

III 443

22.1.1942

Durchg.

Vfg.

Weiterleiten an

~~OU bittet um Beteiligung~~

Berlin, den 21.1.42

Auswärtiges Amt  
Berlin.

Betrifft: Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit.

Bezug: Ohne.

Der Jude Max H a a s , geboren am 22.10.1907 in Karlsruhe hat am 13.1.1932 das Reichsgebiet verlassen und hält sich z.Zt. in New York auf. Nach Mitteilung der Staatspolizeileitstelle Karlsruhe hat H a a s vor ca. 1 1/2 Jahren der Badischen Bank in Karlsruhe mitgeteilt, dass er das amerikanische Bürgerrecht erworben habe. Amtliche Unterlagen darüber hat H a a s jedoch nicht beigebracht.

Es ist anzunehmen, dass H a a s diese Angaben gemacht hat, um sein Vermögen dem Zugriff der Behörden zu entziehen. Nach staatspolizeilichen Richtlinien sind die Voraussetzungen für die Einziehung des Vermögens auf Grund des Gesetzes über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14.7.1933 - RGBI. I S. 479 - gegeben. Ich bitte daher um die dortige Zustimmung zur Einziehung.

Im Auftrage:  
gez. R i c h t e r

K328934

Beglaubigt:

Linne

Kanzleiangestellte

Gs

82-32

U. P. A.

5/11



Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

Berlin SW 68, den 4. Februar  
Wilhelmstraße 102

1942.

II A 5 Nr. 33/42-212-

Bitte in der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

An das  
Auswärtige Amt (D III)

in B e r l i n W 8.  
-----

K328196

Betrifft: Vermögen eines im Ausland befindlichen Juden,  
der slowakischer Staatsangehöriger ist.

-----

Ich beabsichtige, das Vermögen des Juden Oskar  
Mittler, geb. am 26.9. 1879 in Wien, slowakischer Staats-  
angehöriger, früher in Wien I., Bräunerstr. 5 wohnhaft  
gewesen, jetzt in Buenos-Aires, wegen volks- und staats-  
feindlicher Bestrebungen des Mittler einziehen zu lassen.  
Die Voraussetzungen hierfür sind gegeben, weil Mittler  
der Vaterländischen Front, also einer Kampforganisation  
angehört hat, die den ausschließlichen Zweck hatte, die  
Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich zu  
verhindern.

Ich bitte um Stellungnahme, ob gegen die beab-  
sichtigte Maßnahme außenpolitische Bedenken bestehen.

Im Auftrage:  
gez. Dr. Bilfinger

Beglaubigt:  
*Kipfer*  
Kanzleiangeestellte.

SO.

82-32 *Blom*

50



AA 27. FEB 1942

**Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

A 5 Nr. 94/42 - 212 -

in der Antwort vorstehendes Gefühlszeichen u. Datum anzugeben

Reichswirtschaftsministerium  
Berlin W,  
Friedrichstr. 63.

Auswärtige Amt  
Referat D III -  
Berlin.

AA mel. 4 A 237/4  
Berlin SW 11, den 20. Februar 1942.  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 120040

K326056

Betrifft: Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit und  
Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens.

Bezug: Ohne.

Anlage: 1.

Ich beabsichtige, das Vermögen des Juden und liechten-  
steinischen Staatsangehörigen Dr. Friedrich K e m p n e r , ge-  
boren am 20.7.1892 in Berlin, und seiner Ehefrau Barbara gebore-  
ne Hildebrand, geboren am 23.1.1903 in Basel, zuletzt in Berlin  
W 35, Matthäikirchplatz 13, jetzt in New York wohnend, nach dem  
Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens  
vom 14.7.1933 - RGBl. I S. 479 - einzuziehen.

Wie aus dem in Abschrift beigelegten Schreibens des  
Reichsbankdirektoriums vom 13.4.1939 hervorgeht, war Kempner  
seit 1931 ständiger Rechtsberater ausländischer Bankenausschüsse,  
mit denen die bisherigen Stillhalteabkommen (Deutsche Kreditab-  
kommen 1931 bis 1938) geschlossen worden sind. Diese Tätigkeit  
hat er stets unter Berücksichtigung der deutschen Interessen aus-  
geübt.

Ich bitte daher um Stellungnahme, ob von dort gegen  
die beabsichtigte Vermögenseinziehung Bedenken bestehen.

Im Auftrage:

gez. Dr. B i l f i n g e r

Beglaubigt:

*Keller*  
Kanzleiangeestellte

Gs

82-32 Lichtenstein





AA Mel. II 4 27/4

Prof. Dr. F. R. Müller  
Präsidentenamt

30. 2. III 1942

P. H.  
auf Grund der anal. Tätigkeitsbeurteilung  
nach Auffassung von Dr. III. Brückner gegen  
die beabsichtigte Forderung der Minder:

Durchdruck für Herrn Hofrat Jüngling  
Auswärtiges Amt

den 13. März 1942

D III 1193

Auf das Schreiben vom 20.2.1942  
- II A 5 Nr. 94/42 - 212 -

Betrifft: Den Juden, liechtensteini-  
schen Staatsangehörigen Dr.  
Friedrich Kempner und seine  
Ehefrau Barbara geb. Hilde-  
brand, beide in New York.

K326059

Gegen die beabsichtigte Vermögenseinziehung bestehen  
Bedenken, und zwar schon deshalb, weil nach dem nebenbe-  
zeichneten Schreiben keinerlei konkrete Tatsachen gegen  
Kempner vorliegen, aus denen auf seine volks- und staats-  
feindliche Betätigung geschlossen werden könnte.

Aus dem vorletzten Absatze des nebenbezeichneten  
Schreibens und aus seiner Anlage geht vielmehr hervor, daß  
sich Kempner nicht deutschfeindlich betätigt hat.

An

den Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

Im Auftrag  
gez. Dr. Wege

W 3

mit ...

2. 14. 11.

Blau, den 11. März 1942

Brief an Dr. Kempner  
für Rumpf Kamen Amt,  
das ist nicht korrekt dar-  
stellen. Grund ist die diesbe-  
zügliche Angabe, sind wir nicht bekannt  
St. 5/3

D III

X PHE  
L. B. D. 45

K326060

St. 5/3

Handwritten signature or initials, possibly "JS" or "JSW", written in dark ink.



27. FEB 1942

AA mel. 5 A 3072  
3072

Der Reichsminister des Innern

S II A 5 127 VIII / 41-212-

In der Antwort nachstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

An

Das Auswärtige Amt

Berlin W 8.

Berlin SW 11, den  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 1200 40

20. Februar 1942

1198

K328472

Betrifft: Eingezeichnetes Vermögen des Juden und schweizerischen Staatsangehörigen Max Maier, geb. am 1.6.1889 in Müllheim, wohnhaft in Basel.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 15.12.1941 - Nr. D III 9271-.

Der Jude Max Maier war früher Reichsdeutscher und besitzt jetzt die schweizerische Staatsangehörigkeit. Er wohnt seit dem Jahre 1928 in der Schweiz.

Im Jahre 1934 gründeten die schweizerischen Staatsangehörigen Dr. Delpy und Dr. Jürgensen in Freiburg im Breisgau die Firma Durold G.m.b.H. Maier hatte seine Hilfe zur Gründung dieser Firma zugesagt. Die Ehefrau des Maier besass bei der Kreis-Hypothekenbank in Lörrach (Baden), auf deren Geschäftsführung Maier als Großaktionär einen erheblichen Einfluß ausübte, ein größeres <sup>(mark)</sup>Altersperrguthaben. Aus diesem Guthaben stellte Maier den Betrag von 17.000.--RM zur Firmengründung zur Verfügung. Da jedoch die Freigabe von Sperrmarkguthaben nur an Inländer erfolgen konnte, wurde die Schwiegermutter des Dr. Delpy, die Reichsdeutsche Wilhelmine Reinhardt, wohnhaft in Freiburg i./Br., vorgeschoben. Maier stellte der Frau Reinhardt aus dem Sperrmarkguthaben seiner Frau den Betrag von 17.000.--RM als angebliches Darlehn zur Verfügung. Dieser Betrag wurde auf Antrag der Frau Reinhardt von der Devisenstelle in Freiburg zum Zwecke der obengenannten Firmengründung freigegeben und gelangte so in den Besitz des Dr. Delpy. Dieser hatte von seiner in der Schweiz wohnenden Mutter eine Hypothekenforderung im Höhe von 15.000.--sfrs. für den Aufbau der zu gründenden Firma erhalten. Der Jude Maier trat gegen Zahlung eines Betrags von 11.250.--sfrs. in

bar

82-352

3



K328473



96

AA Mel. u. A 2891 671

**Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 68, den 2. März 1942.  
Wilhelmstraße 102

II A 5 Nr. 1272<sup>III</sup>/42- 212-

In der Antwort nachstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

an das  
auswärtige Amt-D III-  
  
in Berlin.

*FD, III*

*3.3.42*

1334  
✓

Betrifft: Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit.

Bezug: Ohne.

-----

Der Jude und schwedische Staatsangehörige Dr. Franz Israel O p p e n h e i m e r, geboren am 1.8.1871 in Hamburg, zuletzt in Wien 3., Reissnerstraße 48, jetzt in Stockholm wohnend, hat sich als Mitglied der Vaterländischen Front hervorragend für diese Organisation betätigt und sie in finanzieller Hinsicht weitgehend unterstützt. Die Partei tendenz der Vaterländischen Front war hauptsächlich auf die Bekämpfung nationalsozialistischer Parteiangehöriger in Österreich ausgerichtet.

Ich beabsichtige daher, die Einziehung des Vermögens des Juden O p p e n h e i m e r nach den Bestimmungen über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens durchzuführen und bitte um dortige Zustimmung.

Im Auftrage:  
gez. Dr. Bilfinger

Beglaubigt:  
*Keller*  
Kanzleiangeestellte.

SO.

K326325

*82-32 Baden*

*78*

1873

5



AA Mel. u. A 2872873

SE/Abt. 3.2. MRZ 1942

**Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 68, den 11. März  
Wilhelmstraße 102

19 42

A 5 Nr. 3093/42 - 212-

am 11. März 1942

das  
wärtige Amt D III  
Berlin W 8

Beckert u. an  
D III  
31.3.42

Auswärtiges Amt  
D III  
1928  
31.3.42  
Durch

Betrifft: Einziehung von Vermögen des jüdischen Emigranten  
Stefan Heller, der jetzt französischer Staatsan-  
gehöriger ist.

Der Jude Stefan Heller, geboren am 16.5.1895 in  
Wien, früher in Wien wohnhaft gewesen, jetzt dem Vernehmen  
nach bei der französischen Regierung in Vichy, hat vor dem  
Inkrafttreten der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom  
25. 11. 1941 (RGBl. I S. 722) die französische Staatsange-  
hörigkeit erworben und damit die deutsche Staatsangehörig-  
keit verloren. Nach hiesiger Feststellung scheint Heller  
Vertreter der italienischen Interessen in Österreich ge-  
wesen zu sein, denn er war als Österreicher Mitglied der  
faschistischen Partei, wurde wiederholt von Mussolini em-  
pfangen und war auch im Besitz eines Lichtbildes des Duce  
mit persönlicher Widmung. Außerdem besaß er eine Ernennungs-  
urkunde zum Kommandeur des Ordens der italienischen Krone  
aus dem Jahre 1932 und eine Ernennungsurkunde vom 18.1.  
1934 zum Ritter der französischen Ehrenlegion.

Ich beabsichtige, noch in Wien vorhandenes Ver-  
mögen des Heller einziehen zu lassen, und bitte um Stellung-  
nahme, ob hiergegen Bedenken bestehen.

Im Auftrage:  
gez. Dr. Bilfinger

K326577

Beglaubigt:  
Kanzleiangestellte.

so.

82-32 Fiker

199





AA mel. u A 29/29/7

31. MRZ. 1942

**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 23. März 1942.  
Deinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: Ortsansicht 12 00 40 - Fernansicht 12 64 21

I A 5 - Nr. 1270<sup>II</sup>/41-212-  
in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u Datum anzugeben

es  
örtliche Amt - D III.  
Berlin.

Auswärtiges Amt  
D III 1955  
22. MRZ 1942  
Amt Durchg.

Betrifft: Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit.

Bezug: Ohne.

Der Jude und rumänische Staatsangehörige Sulem (Salomon) Calmanowitz, geb. am 29.4.1888 in Potosani/Rumänien, zuletzt in Leipzig, jetzt in Sao Paulo wohnend, und der Jude und costericanische Staatsangehörige Hermann Israel Calmanowitz, geb. am 11.2.1896 in Leipzig, jetzt in Costa-Rica wohnend, haben vor der Machtergreifung mit linksgerichteten Organisationen sympathisiert und sich für die Erreichung marxistischer Ziele aktiv eingesetzt. Im Verein mit anderen Juden haben sie im Jahre 1928 Mitglieder der NSDAP überfallen und mißhandelt. Im Hinblick auf ihre deutschfeindliche Einstellung und Tätigkeit beabsichtige ich daher, ihre Vermögenswerte nach den Bestimmungen über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens einzuziehen und bitte um die dortige Zustimmung.

K327969

Im Auftrage:  
gez. Neifeind



Beglaubigt:  
*Lippert*  
Kanzleiangestellte.

NW.

82-32 Rumänien



5/19

5

3<sup>n</sup> D'III 2486

458

✓



AA Mel. A 28/29/7  
erteilung seiner Bestimmung zu  
Eingeführung der Thrombosen für die  
beiden unabhängigen Fächer abge  
geben. Die Fächer der Thrombosen  
ausgeführt ist für die Thrombosen  
mit der Kündigungsfrist abge  
geben. Die Kündigungsfrist ist

Im Auftrage:   
gez. Dr. Bilfinger

Keller  
Kanzleiangestellte  
Bu.

K327978

100

29



AA Me. 4 27/4

**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 26. Januar 1942  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: Ostvorwahl 12 00 40 - Fernschreiber 12 64 21

II A 5 Nr. 573/42-212-

Date in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Weitergeleitet an  
III Binnendienst  
An  
Berlin, den 6.2.43  
an das Auswärtige Amt  
11. AA

Auswärtiges Amt  
D III 824  
eing. 2.12.1942  
1/4

26. JUN 1942

K326063

**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 22. Juni 1942  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

II A 5 -Nr.3411 III/41-212

Date in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

An  
das Auswärtige Amt  
-D III-  
in B e r l i n

weitergeleitet an  
III Binnendienst  
Berlin, den 27.6.42  
11. AA

Auswärtiges Amt  
D III 3828  
eing. 30. JUN 1942  
11. AA

Betr.: Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens.  
Bezug.: Dortiges Schreiben vom 5.1.1942-Nr. D III 9408-

Ich habe die inländischen Vermögenswerte der Juden und  
liechtensteinischen Staatsangehörigen Siegfried B i e b e r,  
geb. am 21.8.1873 in Czernsk, und seiner Ehefrau, Josephine geb.  
Postolka, geb. am 27.1.1874 in Kyjoc, zugunsten des Deutschen  
Reiches eingezogen.

Im Auftrage:  
gez.: Dr. Bilfinger

Beglaubigt:  
Kanzleiangestellte  
Schü.-

82-32 Riedemann

Auf die unter dem 5.1.1942 - D III 9408 - erteilte Zu-  
stimmung zur Vermögensschiebung des liechtensteinischen  
Staatsangehörigen Siegfried Bieber darf ich Bezug nehmen.

Im Auftrage:  
gez. Dr. Bilfinger

K326064

Beglaubigt:  
Kanzleiangestellte  
Sohn

82-32 Riedemann



10/10



AA Mel. 5 A 30723072

25. JUN 1942

**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 25. Juni 1942  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 120040

II A 5 Nr. 380/42-212-

In der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

An  
das Auswärtige Amt  
- D III -  
in Berlin.

Bis

27.6.42

Auswärtiges Amt  
D III 3872  
eing. 30. JUN 1942  
F. Amt. Durchsch.

Betrifft: Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit des  
Juden und schweizerischen Staatsangehörigen Max Maier  
und seiner Ehefrau Berte geb. Levi.  
Bezug: Dortiges Schreiben vom 24. 4. 1942 - D III 1198 -.  
Anlagen: 4 beglaubigte Abschriften.

Wie ich bereits in meinem Schreiben vom 20. 2. 1942 - II  
A 5 - Nr. 127<sup>VIII</sup>/42-212- angeführt habe, hat der Jude Max Maier  
aus dem Altsperrguthaben seiner Ehefrau Berte geb. Levi bei der  
Kreis-Hypothekenbank in Lörrach zur angeblichen Gründung der  
Firma Duroid G. m. b. H. den Betrag von 17.000.--RM zur Verfügung  
gestellt. Die Freigabe dieses Sperrguthabens und die Überweisung  
an die Ehefrau Wilhelmine Reinhardt - Bipp konnte nur mit Wissen  
und Billigung der Ehefrau des Juden Maier erfolgen. Über den  
Empfang dieses Betrages hat die Ehefrau Reinhardt-Bipp den in  
Abschrift beigefügten Schuldschein ausgestellt. Damit ist die  
Mitwirkung der Ehefrau Maier an den Handlungen ihres Ehemannes  
erwiesen.

Der Jude Maier trat am 24. 7. 1934 gegen Zahlung von  
11.250- sfr. und Ausstellung eines Schuldscheines über 650.--sfr.  
die Forderung an Frau Reinhardt- Bipp an den Mitinhaber der Fa.  
Duroid G. m. b. H. , Dr. Delpy, ab. Maier stellte darüber die  
in Abschrift beigefügte Abtretungsurkunde aus. Die Entgegen-  
nahme des vorstehend angeführten Betrages dürften als Vollendung  
der Handlungen des Juden Maier anzusehen sein.

*Prof. Dr. H. P. I. Roßner  
Mit Beglaubigung auf den  
Hauptplatz der Führung  
von*

Im Auftrage:  
gez. Dr. Bilfinger

K328486

Beglaubigt:  
Thürmer  
Kanzleiangestellte

Th

82-31 Lönitz

2. 78

5



**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den  
Prinz-Albrecht-Straße 8

7. Juli

1942

Sternpostzeit: Ostsommerzeit 12:00:40 - Sommerzeit 12:54:21

A 5 - Pr. - 540/42-312-

Stelle in der Antwort vorliegendes Geldhörscheiden u. Datum anzugeben

das  
swärtige Amt  
D III -

Berlin W 8.

Auswärtiges Amt  
D III. 7. Juli  
13. JUL. 1942  
Durchschl.

K326723

Betrifft: Einziehung des inländischen Vermögens des  
italienischen Korvettenkapitän a.D. Georg  
Ritter von Trapp, geboren am 7.10.1880 in  
Zara bei Triest.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 3.3.1941 - D III 1314--.

Der Obengenannte ist im August 1938 mit seiner  
sechsköpfigen Familie und mit seinem Hauskaplan Dr. Franz  
Wasner nach den Vereinigten Staaten von Amerika ausgewan-  
dert, wo er mit seiner Familie unter dem Namen "Trapp  
Family Singers" Gesangsgastspiele gibt. Nach einem hier  
vorliegenden Ausschnitt aus der Zeitung "Boston Sunday  
Post" vom 1.12.1940 haben sich Wasner und Trapp in schärf-  
ster Form gegen den Nationalsozialismus gewandt und hier-  
durch mitgetragen, in den U.S.A. eine deutschfeind-  
liche Stimmung zu schaffen.

Trapp war früher eifriger Dolchstoß- und Schussnigg-  
Anhänger und stand den monarchistischen Kreisen sehr  
nahe. Beim Einmarsch der deutschen Truppen in die Ost-  
mark hat sich Trapp nach Angaben von Zeugen wie folgt  
geäußert: "Jetzt haben wir auch die Deutschen Schweine  
herinnen, ich kenne sie schon zur Genüge vom Weltkrieg  
her. Der Nationalsozialismus ist der Auswurf der Mensch-  
heit und es muß in Kürze in Deutschland zu einem Umsturz  
kommen."

Ich beabsichtige, das inländische Vermögen des von  
Trapp zugunsten des Deutschen Reiches einziehen zu las-  
sen und bitte um Stellungnahme, ob hiergegen Bedenken  
bestehen.

Von Trapp war während des Weltkrieges österreichi-  
scher Offizier und wurde nach dem Frieden, weil er aus

232

Trapp

Triest

1/2

2

AA Mel. II 4 2874  
2874

Triest stamm, italienischer Staatsangehöriger.

Im Auftrage:  
gez. Jeske

Beglaubigt

Obing.

Kanzleigestellte.

K326724



52



8

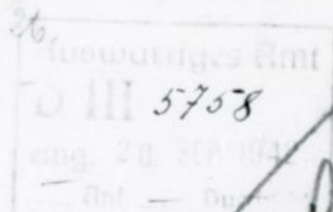


# Sicherheitshauptamt

A 5 Nr. 540<sup>II</sup>/42-212

Im Betreff des vorliegenden Gefährdungszeichens und Datum  
angegeben

Berlin SW 11, den 24. September 1942  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40



Weiterreichen

D U

Berlin, den 26. 9. 42

An das  
Auswärtige Amt  
Berlin

K326735

Betr.: Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens.

Bezug: Schreiben vom 12.9.42 - D III 4201. - 5979

Die in dem dortigen Schreiben vom 12.9.1942 eingenommene  
Stellungnahme weicht von der bisher vertretenen Ansicht des  
Auswärtigen Amtes ab. Mit dem Auswärtigen Amt bestand bisher  
Übereinstimmung, daß außenpolitische Bedenken nur gegen die  
Einziehung von echtem feindlichem Vermögen bestehen, daß da-  
gegen die Feindvermögensgesetzgebung nicht dazu führen dürfe,  
daß z.B. Reichsdeutsche, die als Aufenthaltsfeinde der deut-  
schen Feindvermögensgesetzgebung unterliegen, dadurch beson-  
deren Schutz genießen und bei volks- und staatsfeindlicher Be-  
tätigung eine Einziehung ihres Vermögens unmöglich sei. Ich  
darf darauf hinweisen, daß diese Frage auch im Zusammenhang  
mit der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz mehrfach bespro-  
chen wurde, und auch hier wurde ausdrücklich klargestellt, daß  
die 11. Verordnung der Feindvermögensgesetzgebung vorgehe.

Bei entsprechender Anwendung dieser Gesichtspunkte auf  
den hier vorliegenden Fall des italienischen Staatsangehörigen  
von Trapp dürften sich daher aus seiner Eigenschaft als Auf-  
enthaltsfeind keine Bedenken gegen die Einziehung ergeben.  
Ich bitte daher, die dortige Stellungnahme nochmals nachzu-  
prüfen.

Im Auftrage

*Altinger*

Hey

82 - 322

1/20/00

55



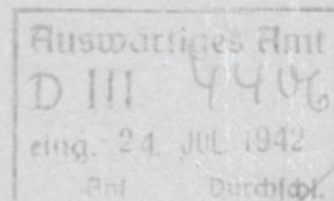
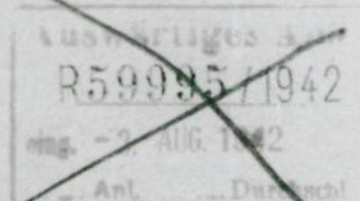
23 JUL 1942

**Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

*AA Mel. n. 4 328/3*  
Berlin SW 11, den 8. Juli 1942  
Dring-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

5 - Nr. 10<sup>VIII</sup>/41-212-  
In der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Das  
Urtige Amt  
Berlin W 8.



Betrifft: Vermögen der Jüdin schweizerischer Staatsan-  
gehörigkeit Edith L a n d m a n n geborene  
Kalischer in Basel.

Bezug: Schreiben vom 12.6.1942 - D III 2400 -.

Zu den dortigen Ausführungen bemerke ich:

Die der Einziehung zugrunde liegenden Gesetze über  
die Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26.5.1933 -  
RGBl. I, S. 293 - und die Einziehung volks- und staats-  
feindlichen Vermögens vom 14.7.1933 - RGBl. I, S. 479 -  
treffen grundsätzlich keinen Unterschied zwischen Aus-  
ländern und deutschen Staatsangehörigen. Auch gegenüber  
Ausländern ist zur Einziehung ihres inländischen Vermö-  
gens lediglich die im Gesetz vom 14.7.1933 vorgesehene  
Feststellung ausschlaggebend, ob die Bestrebungen des  
Betreffenden volks- und staatsfeindlich gewesen sind  
oder die einzuziehenden Vermögensteile zur Förderung  
volks- und staatsfeindlicher Zwecke Verwendung gefunden  
haben. Die Frage der Volks- und Staatsfeindlichkeit ist  
im vorliegenden Falle bejaht und unter dem 19.8.1941  
festgestellt worden, daß die Bestrebungen der Edith  
L a n d m a n n volks- und staatsfeindlich gewesen sind.

Diese Feststellung ist nach meinem Dafürhalten  
durchaus berechtigt, weil die Betroffene gegen die Be-  
stimmungen der Verordnung über die Anmeldung des Vermö-  
gens von Juden vom 26.4.1938 verstoßen und hierdurch zu  
erkennen gegeben hat, daß sie das Deutsche Reich wirt-  
schaftlich schädigen wollte. Wenn im Rahmen des Straf-  
verfahrens von dem Recht der Vermögensseinziehung kein  
Gebrauch gemacht wurde, so ist das für die Geheime

Staatspolizei



2

Staatspolizei kein Grund, nicht ihrerseits nach staatspolizeilichen Gesichtspunkten einzuschreiten und gegebenenfalls vermögensrechtliche Maßnahmen zu treffen.

Nach erneuter Prüfung des Falles weise ich noch auf folgende Zweifel hin, deren Klärung mir nicht möglich gewesen ist: Nach einem bei den hiesigen Akten befindlichen Schreiben des Bürgerrates der Stadt Basel vom 10.7.1939 ist der verstorbene Ehemann der Edith Landmann, Professor Dr. phil. Julius Landmann, geboren am 6.8.1877 in Lemberg, Bürger der Stadt Basel gewesen und hat somit die schweizerische Staatsangehörigkeit besessen. In dem Schreiben wird ferner bestätigt, daß Professor Landmann dieses Bürgerrecht bis zu seinem am 8.11.1931 in Kiel erfolgten Tode (der Verstorbene war ordentlicher Professor an der Universität in Kiel) beibehalten hat, und daß seine Frau und seine beiden Söhne heute noch Bürger der Stadt Basel sind. Demnach würde Frau Edith Landmann bereits am 8.11.1931 schweizerische Staatsangehörige gewesen sein. Ob dies der Fall gewesen ist, erscheint zweifelhaft, denn nach einem Schreiben des Deutschen Konsulats in Florenz vom 7.4.1936 - Nr. B 1 - hat die deutsche Staatsangehörige Dr. Edith Landmann, geborene Kalischer, geboren am 19.9.1877 in Berlin, dort die Ausstellung eines neuen Reisepasses beantragt, dessen Aushändigung jedoch infolge ihrer Rückkehr nach Kiel unterblieben ist. Hieraus ergibt sich, daß sich die Betreffende ja nach Lage der Verhältnisse als deutsche oder jetzt als schweizerische Staatsangehörige betrachtet. Den zuständigen Behörden ist nicht bekannt, daß Frau Landmann nach ihrer am 15.1.1939 erfolgten Abreise nach Basel eine fremde Staatsangehörigkeit erworben hat.

Ich sehe hiernach keine Veranlassung, die getroffenen Maßnahmen rückgängig zu machen.

In Auftrage:

gez. Engelmann

Beglaubigt

Kanzleiangestellter

180

180



**Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 68, den 29. September 1942  
Wilhelmstraße 102

A 5 Nr. 3082 V/41-212-

Antwort vorliegendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Auswärtige Amt  
Berlin.

Weitergeleitet an  
D II Amt für Befähigung  
Berlin, den 1.10.42

K223575

Betrifft: Eingezogenes volks- und staatsfeindliches Vermögen.

Die in Berlin-Wilmersdorf, Jenaer Straße 21, wohnhaft gewesene Jüdin und deutsche Staatsangehörige Alice Sara Tradelius, geborene Cohn, geb. am 4.8.1887 in Binsow, Krs. Ostrowo, ist am 4.11.1938 in Berlin verstorben. Erben an dem Nachlaß der Verstorbenen sind je zur Hälfte die Jüdinnen Hilde Deutsch, geb. Tradelius, und Ellen Dahlberg, geborene Tradelius. Die Jüdin Hilde Deutsch und ihr Ehemann, Kurt Israel Deutsch sind laut Bekanntmachung vom 9.7.1940 (Reichsanzeiger Nr. 162) ausgebürgert worden. Das Vermögen der Eheleute Deutsch ist laut Bekanntmachung vom 2.10.1940 (Reichsanzeiger Nr. 233) dem Reiche als verfallen erklärt worden. Die Jüdin Ellen Dahlberg ist im Oktober 1938 von Berlin-Wilmersdorf, Jenaer Straße 21, nach Schweden ausgewandert, wo sie sich mit dem Juden Nils Lennart Dahlberg verheiratet und dadurch die schwedische Staatsangehörigkeit erworben und die deutsche verloren hat.

Der Nachlaß der verstorbenen Jüdin Alice Sara Tradelius, bestehend aus Bankguthaben und einem Barbetrag von zusammen 3662,50 RM sowie aus dem Erlös des versteigerten Umzugsgutes in Höhe von 15.169.-- RM, ist im März 1941 beschlagnahmt und am 31. Januar 1942 - Pol. S II A 5 Nr. 3082 III/41-212- (öffentlich bekannt gemacht im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger vom 14.4.1942, Nr. 86) zugunsten des Deutschen Reichs eingezogen worden. Die Verstorbene war vor der Machtübernahme starke Anhängerin der Linkspartei und bis zu ihrem Tode staatsfeindlich eingestellt. Die Vermögenseinzziehung ist somit zu Recht erfolgt.

Die Jüdin Ellen Dahlberg, wohnhaft in Stockholm, hat am 18.8.1942 unter Hinweis darauf, daß sie schwedische Staatsangehörige sei, gegen die Beschlagnahme ihres Ver-

mögens

K218536

82-32

282



AA Me u A 26/5-

Vermögens aus der Erbschaft ihrer Mutter, der Jüdin Alice Sara Tradelius, Einspruch erhoben und um Begründung gebeten, damit sie diese der schwedischen Behörde vorlegen könne. Sie hat in ihrer Eingabe außerdem bemerkt, daß sie schnellste Freigabe des Vermögens erwarte.

Ihr Ehemann- Nils Dahlberg- hat sich dem Einspruch seiner Ehefrau angeschlossen, insbesondere aus dem Grunde, weil ihm das Vermögen seiner Ehefrau als Mitgift zugesichert worden sei.

Bevor ich in dieser Angelegenheit eine Entscheidung treffe, bitte ich um Stellungnahme, ob bei einer Ablehnung der Eingabe außenpolitische Schwierigkeiten zu erwarten sind.

Im Auftrage:  
gez.Dr.Bilfinger

Beglaubigt:

*Keller*

Büroangestellte

Bu.

K223576





283

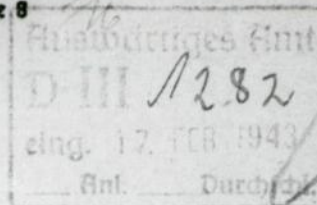
# Reichsminister des Innern

S II A 5 Nr. 54/43-212-

der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Auswärtige Amt  
Berlin.

AA III A 2675  
Berlin SW 11, den 13. Februar 1943.  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 120040



Betrifft: Einziehung des Nachlasses der verstorbenen Jüdin  
Alice Sara Tradelius.

Bezug: Schnellbrief vom 28. 1. 1943 - D III 6558/42.

Die Einziehungsverfügung beruht auf dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14. 7. 1933 - RGBl. I S. 479. Danach können u.a. auch Sachen und Rechte eingezogen werden, die nach Feststellung des Reichsministers des Innern zur Förderung volks- und staatsfeindlicher Bestrebungen gebraucht oder bestimmt sind. In meiner Feststellungsverfügung vom 31. 1. 42 habe ich festgestellt, daß der Nachlaß der verstorbenen Jüdin Alice Sara Tradelius zur Förderung solcher Zwecke bestimmt oder gebraucht war. Diese Feststellung richtet sich nicht gegen die Erblasserin oder gegen die Erben persönlich, sondern gegen das hinterlassene Vermögen (objektive Einziehung). Hierbei bleibt der seit dem Tode der Erblasserin etwa auf Grund des Erbrechts oder anderer Umstände eingetretene Eigentümerwechsel außer Betracht, da nicht das Vermögen einer bestimmten Person, sondern die Vermögensstücke als solche erfaßt werden. Rechtlich ist die Einziehung daher gerechtfertigt. Ich halte sie auch sachlich für gerechtfertigt, es handelt sich um zwei jüdische Schwestern, die das Reichsgebiet verlassen haben, wobei die Beschwerdeführerin der Ausbürgerung oder den Auswirkungen der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz durch ihre Heirat mit einem Schweden entgangen ist, während deren Schwester Hilde Sara im Zuge der Ausbürgerung ihr Vermögen verlor oder es später auf Grund der 11. Verordnung verloren hätte. Die im Ergebnis durch die Einziehung herbeigeführte Sachlage entspricht also durchaus dem gesunden Rechtsempfinden.

Im Auftrage:  
gez. Dr. Kaufmann

K223591

Beglaubigt:  
Büroangestellte

Ki

284



## Der Reichsminister des Innern

Berlin SW 11, den 3. Oktober 1942.  
 Dring-Albrecht-Straße 8  
 Fernsprecher: Ortsansche 12 00 40      Schreibstube 52 04 74

Dot. S II A 5 Nr. 3361 III-IV/41-212-

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum angeben

An

das Auswärtige Amt

in Berlin W 8

Wilhelmstr. 74/76.

K327345

Betrifft: Eingaben der Frau Gertrud Heymann-Rohr  
vom 11.3. und 5.6.1942.

Bezug: Ihre Schreiben vom 8.5.1942 - D III 2617 -  
und vom 15.7.1942 - D III 3947 -.

Das Vermögen des Juden Heymann bestand aus 48 Grundstücken mit einem Gesamteinheitswert von etwa 1.050.000,- RM und aus Bankguthaben von zusammen rund 66.000 RM. Auf den Grundstücken waren zugunsten der Dresdner Bank Grundschuldforderungen in Höhe von 400.000 RM eingetragen. Die Bank ist von Heymann befriedigt worden. Die Grundschulden hätten demnach im Grundbuch gelöscht werden können. Heymann hat die Löschung aber nicht beantragt, weshalb die Grundschuld zu einer Eigentümergrundschuld geworden ist. Diese Eigentümergrundschuld hat Heymann am 20.9.1938 durch notariellen Vertrag an seine Ehefrau abgetreten, jedenfalls nur deshalb, um einen Teil seines Vermögens dem Zugriff des Staates zu entziehen. Eine Eintragung der Eigentümergrundschuld im Grundbuch auf die Ehefrau hat nicht stattgefunden. Das Bestehen der Grundschuld war nicht einmal der Vermögensverwalterin bekannt. Weiteres Vermögen der Ehefrau oder Vermögen der beiden Kinder war nicht vorhanden.

Der Regierungspräsident in Düsseldorf hat das Vermögen der Eheleute zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen und die Einziehungsverfügung im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger öffentlich bekannt gemacht. Die grundbuchmäßige Umschreibung der Grundstücke auf das Reich ist bereits erfolgt.

E554314

Im Auftrage:

gez.: Dr. Bilfinger.

Beglaubigt:

Thürmer  
Büroangestellte.

82 - 52 Niederl.

Be.

0320





AA mer. u. 29/29/2

Der Reichsminister des Innern

Berlin SW 11, den 12. Januar 1943  
Dönhofs-Allee 8  
Fernsprecher: Amtliche 120040 - Fernsprecher 126421

Dol. S II A 5 Nr. 3361 VIII /41-212-  
Wort in der Antwort vorstehenden Gleichheitszeichen u. Datum anzugeben

das  
wertige Amt  
Berlin.

364  
Durchg.

Betrifft: Eingabe der niederländischen Staatsangehörigen Frau Gertrud Heymann - Rohr, betreffend Einziehung des Vermögens ihres jüdischen Ehemannes Karl Heymann.

Bezug: Ihr Schreiben vom 28.10.1942 - D III 5947

Die Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit des Juden Heymann und seiner Ehefrau nach dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14.7. 1933 - RGBI. I, S. 479 - habe ich seinerzeit getroffen, weil es meines Dafürhaltens keinem Zweifel unterliegen kann, daß der Genannte sich entsprechend der Einstellung des Gesamtjudentums zum Dritten Reich im Ausland deutschfeindlich betätigt. Auf Grund der in Ihrem Schreiben vom 8. Mai 1942 - D III 2617 - geäußerten Bedenken habe ich den Fall erneut überprüft und halte es für angebracht, von der Aufhebung der Einziehungsverfügung des Regierungspräsidenten in Düsseldorf abzuweichen, um nicht den Eindruck zu erwecken, als hätten die Voraussetzungen für die Vermögenseinziehung nicht vorgelegen und um nicht einen Berufungsfall zu schaffen. Hinzu kommt, daß der Oberfinanzpräsident in Düsseldorf die eingezogenen Vermögenswerte, wozu u.a. 48 Grundstücke gehören, die im Grundbuch bereits auf das Reich umgeschrieben sind, inzwischen verwertet hat, so daß eine Aufhebung der Einziehung erhebliche Schwierigkeiten zur Folge haben würde. Wenn jedoch trotz dieser meiner Bedenken aus zwingenden außenpolitischen Gründen die getroffenen Maßnahmen aufgehoben werden sollen, so würde dies von hieraus durch Widerruf der Feststellung und Einziehung wohl möglich sein,

in

K327360

E554327

82-22-Präsident



15/8/85



AA Mel. u. A 228/2

in der Praxis aber darauf hinauslaufen, daß der Reichsfinanzminister infolge der bereits vorgenommenen Verwertung des eingezogenen Vermögens dem Betroffenen nur den Erlös zur Verfügung stellen könnte. Es ist dann damit zu rechnen, daß Heymann gegen das Reich Schadensersatzansprüche geltend machen würde.

Im Auftrage:

gez. Dr. Bilfinger

Beglaubigt

*Linne*  
Büroangestellter

K327361

E554328

10753

62



**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

AA Mel. II A 27/4  
27/4  
Berlin SW 11, den 26. Januar 1943  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: Ostvorwahl 12 00 40 - Fernvorwahl 12 64 21

II A 5 Nr. 573/42-212-

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Weiterleiten an: *Vfa*  
An: *II* bitte um Beantwortung  
Berlin, den 26. 1. 43  
das Auswärtige Amt D III  
in Berlin *[Signature]*

Auswärtiges Amt  
D III 824  
eing. - 2. 1. 1943  
Zust. *[Signature]*

Betrifft: Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit.  
Bezug: Ohne.

Der jüdische Bankier Hans Arnhold, geb. am 30.5.1888 in Dresden, und seine jüdische Ehefrau Ludmilla, geb. Heller, geb. am 31.7.1894 in Dresden, beide zuletzt in Berlin-Wannsee, Am Sandwerder 17/19, wohnhaft, sind am 19.2.1937 nach der Schweiz ausgewandert. Die Eheleute haben am 29.10.1937 durch Einbürgerung die liechtensteinische Staatsangehörigkeit erworben und sollen jetzt in Buenos Aires wohnen.

Arnhold war Mitglied des "Clubs von Berlin". Dieser Club, dem zu einem großen Teil Juden angehörten, war bis zur Ausschließung der Juden und Umbenennung in "Deutscher Club" stark reaktionär eingestellt. Gegen Arnhold hat ein Verfahren wegen Devisenvergehens geschwebt, ein Beweis konnte jedoch nicht erbracht werden. Das Inlandsvermögen der Eheleute Arnhold soll etwa 1 300 000.- RM betragen. Ich beabsichtige, zur Einziehung dieses Vermögens auf Grund der Gesetze vom 26.5. und 14.7.1935 - RGBl. I, S. 293 und 479 - nach dem Gesetz vom 14.7.1935 die Volks- und Staatsfeindlichkeit der Eheleute Arnhold festzustellen und bitte um Mitteilung, ob hiergegen Bedenken bestehen.

Auf die unter dem 5.1.1942 - D III 9408 - erteilte Zustimmung zur Vermögensschiebung des liechtensteinischen Staatsangehörigen Siegfried Bieber darf ich Bezug nehmen.

Im Auftrage:

gez. Dr. Bilfinger

K526064

Beiglaubigt:

*[Signature]*

2. Stellvertreter

Sohn

82-32 *[Signature]*

1975





AA Mel. u. A 3072  
3072

Pol II

K328576 zu D III 2093

S t e l l u n g n a h m e

Aus dem Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 4.3.43 ist nicht ersicht-

**Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 4. März 1943  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 120040

A 5 Nr. 116/43-212-

in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

an das  
Auswärtige Amt  
- D III -  
in Berlin W 8

Betrifft: Beabsichtigte Einziehung des inländischen Vermögens  
einer Jüdin schweizerischer Staatsangehörigkeit.

Anlagen: 1 Abwesenheitsurteil.

Nach dem mit der Bitte um Rückgabe beigefügten Abwesenheitsurteil wurde die Jüdin schweizerischer Staatsangehörigkeit Nelly Traxler geb. Bum, wegen Devisenvergehens in vier Fällen zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr 5 Monaten Gefängnis und zu Geldstrafen von 30.000,- , 20.000,-, 28.000,- und 90.000,- RM verurteilt.

K328574 Mit

82-22 Schweiz  
verlangt hat. Es muss, wenn es sich bei der beabsichtigten Einziehung um die Ausübung des Ermessens der Verwaltungsbehörde handelt, befürchtet werden, daß die Schweizerische Regierung mit Gegenmaßnahmen entsprechender Art gegen deutsche Staatsangehörige in der Schweiz antworten würde.

Hiermit

D III

Berlin, den 19. März 1943.



55

K 328575

25

AA mel. u. A

30/2

Mit Rücksicht auf das staatsabträgliche Verhalten der Genannten beabsichtige ich, ihr inländischer Vermögen das nach Deckung der Geldstrafen noch etwa 140.000,- RM betragen dürfte, zugunsten des Reiches einziehen zu lassen.

Ich bitte um Mitteilung, ob gegen die Einziehung Bedenken bestehen.

Im Auftrage:

gez. Dr. Bilfinger

K328575

Beglaubigt

*Thümmel*  
Büroangestellter

76



AA m. 328/3 A 32873

Berlin, den 31. Mai 1943 Hb zu Zul. II A 3090  
i. O.

an Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

Inl. II A

Aufh. des Vermögens vom 3. April 1943

Antwortschein

Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

Berlin SW 11, den 3. April 1943

Deinz-Albrecht-Straße 8

Fernsprecher: Ortsverkehr 12 00 40 - Fernverkehr 12 64 21

Auswärtiges Amt

Inl. II

12. APR. 1943

Leiter Büro d. V.

Br. 38 IX/42-212-

Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Das Auswärtige Amt

D III -

Berlin 10

Betrifft: Eingezogenes Vermögen des schweizerischen Staatsangehörigen Erwin Duoler.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 22.12.1942 - D III 7149- und das diesige Schreiben vom 9.2.1943 - II A 3090 VIII/42-212-

Das bereits zugunsten des Deutschen Reiches eingezogene inländische Vermögen des Obengenannten wird z.Zt. noch von dem Oberfinanzpräsidenten Oberdonau verwaltet. Mit Rücksicht auf die dort zur Entscheidung vorliegende Verbalnote der Schweizerischen Gesandtschaft hatte ich die zuständigen Stellen angewiesen, die Verwertung des eingezogenen Vermögens einstweilen auszusetzen. Da infolge besonderer Umstände ein weiteres hinausschieben der Verwertung nicht länger

84-50

3.2.4.

3. O.

a. auf Grundlage der Aufklärung  
in Pigo und die Pigo 3. Gf.  
begründen

von Harzen  
Mh/6

3.6.43

82



AA Mel. u A 32873  
328/3

3000

021

länger möglich ist, bitte ich nochmals um Mitteilung der  
dortigen Entschliessung.

Im Auftrage:

Feske



1392  
Zz

WB 4

Hamborn

29. 4. 42

Sied

~~2. 9. 42~~

~~6. 10. 42~~

Leinichen

~~28. 1. 43~~

~~16. 3. 43~~

5. 5. 43

18. 5. 43

20. 5. 43

16. 6. 43

~~8. 7. 43~~

~~6. 8. 43~~

~~2. 9. 43~~

20. 9. 43

28. 10. 43

5. 11. 43

~~28. 11. 43~~

4. 9. 42

Jake

22. 6. 43

14. 8. 44

21. 12. 44

Bleim

5. 10. 42

Pachow

~~16. 5. 44~~

~~20. 8. 44~~

Quitt

~~4. 3. 44 (c<sup>2</sup>)~~

~~24. 7. 44~~

Heil

3. 12. 43 (c<sup>3</sup>)

Nincke

~~21. 4. 43~~

~~11. 8. 43~~

~~18. 3. 44~~

~~15. 7. 43~~

(c<sup>2</sup>)

(c<sup>2</sup>)

(c<sup>2</sup>)

(c<sup>2</sup>)

28. 7. 43

20. 9. 43

(Kursbuch) am  
3. 4. 43 (Jahre  
in A 5)

Bd.

Akten  
der  
Geheimen Staatspolizei  
Staatspolizeistelle  
Würzburg  
über

*Heirichen Josef*  
(Familien- und Vornamen)

*4. 3. 19*  
(Geburtsdatum)

*Lörrach*  
(Geburtsort)

Aktz. \_\_\_\_\_



151

# Reichssicherheitshauptamt

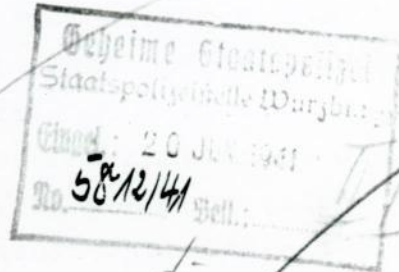
II A 5 (b) - H. 13904 -

Bitte in der Antwort aufstehendes Geschäftszeichen und Datum  
anzugeben

Berlin SW 11, den 16. Juni 1941  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 120040

Karteikarte: vorhanden  
nicht vorhanden

An die Personalakt: beigelegt  
nicht vorhanden  
Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeistelle



in Würzburg.

Betrifft: Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit  
des Juden Johann Israel Hirschen,  
geboren am 4.3.1919 in Würzburg, zuletzt bis  
1933 in Würzburg wohnhaft gewesen.

Bezug: Ohne.

Die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des Johann Hirschen sind gegeben, da er bei den französischen Behörden die Ausstellung eines Flüchtlingspasses beantragt hat.

Ich ersuche daher um Vorlage des Ausbürgerungsvorschlages gemäß den einschlägigen Erlassen.

Im Auftrage:  
gez. Pr ö m p e r

Beglaubigt:



Bayer. Staatsarchiv Würzburg

Bestand: Gestapo-Akten

Bund: 49

152



Stapo..

Würzburg, den 30 Juni 1941.

B.Nr. 5812/41 - II B - Kr.

- 1.) Nach den Feststellungen im Einwohnermeldeamt und der vorliegenden E - Karte ist der Jude Johann Jsrael Hirschen, geb. am 4.3.1919 in Lörrach/Baden, am 1.6.1933 mit seinen Eltern Jsak Jgnaz und Germanie Thekla Hirschen, letztere geb. Weil, nach der Schweiz ausgewandert. Nach einem Vermerk auf der Einwohnerkarteikarte hat sich die Familie Hirschen am 15.4.1934 in Guebwiller/Elsaß aufgehalten und im Jahre 1935 noch dort gewohnt.

Über Hirschen und seine Eltern sind Vorgänge politischer und sonstiger Art hier nicht vorhanden. Er war zuletzt in Würzburg, Am Exerzierplatz 2 polizeilich gemeldet. Da nach dem Erlaß des RSHA vom 13.6.41 für die im Ausland lebenden Juden demnächst eine gesetzliche Neuregelung erfolgt und Vorschläge auf Ausbürgerungen nicht mehr eingereicht werden sollen, ist in der Angelegenheit weiter nichts veranlaßt.

- 2.) Auswertung in der Kartei: Das RSHA hat um Ausbürgerungsvorschlag des Hirschen ersucht.

- 3.) Weglegen als Pers./Akt: Johann H i r s c h e n, geb. am 4.3.1919 in Lörrach.

I.A.

**Bayer. Staatsarchiv Würzburg**

Bestand: Gestapo-Akten

Bund: 49

153

# Reichssicherheitshauptamt

II A 5 Nr. 748/42- 212 -

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum  
anzugeben

An die  
Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeistelle Nürnberg-Fürth  
-Außendienststelle Würzburg-  
in Würzburg

Berlin SW 11, den 25. September 1942.  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 1200 40

|                            |
|----------------------------|
| Geh. Staatspolizei         |
| Staatspol.-Stelle Würzburg |
| Eing 30. SEP 1942 Abt. B   |
| Nr. 6841/42 Beil. 1        |

Betrifft: Nachlaß der Jüdin Hannchen Sara R o s e n t h a l,  
geborene Kleemann, geboren am 8.1.1854 in  
Werneck.

Bezug: Bericht vom 9.9.1942 - II B 3 - 6841/42-.

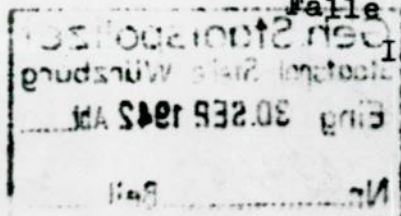
Mit Erlaß vom 4.7.1942 - II A 5 Nr. 521/42-212-  
betr. Vermögen von Juden (nicht veröffentlicht) ist den  
Staatspolizei(leit)stellen eine Feststellung zugegangen,  
wonach u.a. das inländische Vermögen von Juden deutscher  
Staatsangehörigkeit der Förderung volks- und staatsfeind-  
licher Bestrebungen gedient hat. Auf Grund dieser allge-  
meinen

Bayer. Staatsarchiv Würzburg  
Bestand: Gestapo-Akten  
Bund: 306



408

meinen Feststellung kann auch im oben bezeichneten  
Falle die Einziehung ohne weiteres vorgenommen werden.  
Ich ersuche um entsprechende weitere Veranlassung.



Im Auftrage:  
gez. Jeske



Beglaubigt:

*Keller*  
Büroangestellte

Bl.

Bayer. Staatsarchiv Würzburg  
Bestand: Gestapo-Akten  
Bund: **306**

409



Stapo.-Adst.

Würzburg, den 9. September 1942.

B.Nr. - II B 3 - 6841/42

1. An

das Reichssicherheitshauptamt  
B e r l i n .

Betrifft: Jüdisches Vermögen.  
Vorgang: Ohne.

|              |              |
|--------------|--------------|
| Kanzlei      |              |
| erhalten am: | 9. Sep. 1942 |
| gefertigt:   | 9.9.42 We    |
| gelesen:     | 9. Sep. 1942 |
| abgesandt:   | 9. Sep. 1942 |

Die verwitwete Jüdin

Hannchen Sara R o s e n t h a l, geb. Kleemann,  
geb. am 8.1.1854 in Werneck, Lkr. Schweinfurt, ist am 17.5.1942  
im Jsraelitischen Krankenhaus in Würzburg, Dürerstrasse 20, ver=  
storben. Sie war Reichsangehörige. An Nachlaß hat sie einiges  
Mobiliar hinterlassen. Dieses wurde mit Genehmigung der Geheimen  
Staatspolizei, Aussendienststelle Würzburg versteigert. Der Erlös,  
der hierbei erzielt wurde, beträgt RM 438.20 . Da im Inland  
wohnende Erben nicht vorhanden sind und die Verstorbene nirgends  
ein Konto ~~mehr~~ hat, wird das Geld vorerst bei der Aussendienst=  
stelle Würzburg verwahrt.

Rosenthal, geb. Kleemann, trat bei Lebzeiten öffentlich poli=  
tisch nicht hervor. Einer umstürzlerischen Partei oder staats=  
feindlichen Organisation gehörte sie nicht an. Auch in sonstiger  
Beziehung ist über sie nichts Nachteiliges bekannt geworden. Da  
aber Juden stets Feinde des Staates sind, ist auch die Verstorbene  
eine Gegnerin des national-sozialistischen Deutschlands gewe=  
sen.

Um den Erlös aus dem versteigerten Mobiliar zu Gunsten des  
Deutschen Reiches einziehen zu können, bitte ich, die Bestrebungen  
der Jüdin Rosenthal, geb. Kleemann, als volks- und staatsfeindlich  
zu erklären.

2. An II B 3 zurück.

I.A.

Kr.

Bayer. Staatsarchiv Würzburg  
Bestand: Gestapo-Akten  
Bund: 306

410



# Reichssicherheitshauptamt

II A 5 Nr. 10734/42-212-5-

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 18. August 1942.  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 120040

An

die Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeistelle Nürnberg-Fürth  
Außendienststelle Würzburg  
in W ü r z b u r g .

|                            |                         |
|----------------------------|-------------------------|
| Geh. Staatspolizei         |                         |
| Staatspol.-Stelle Würzburg |                         |
| Eing.                      | 26. AUG. 1942 Abt. .... |
| Nr.                        | 2515/42 Beil. ....      |

Personalkontakt: beigelegt  
nicht vorhanden

PA. Roth *Günther* *Thun*

Betrifft: Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit  
des deutschblütigen Karl Walter R o t h ,  
geb. am 24.3.1902 in Fürth, und Erstreckung  
der Ausbürgerung auf das Kind Hilde Marianne  
Roth, geb. am 21.5.1935 in Würzburg.

Bezug: Dortiger Bericht vom 17.3.1942 - II B 3 -  
2515/42.

Der frühere Studienrat Karl Walter Roth hat  
dadurch, daß er seiner jüdischen Ehefrau in die Emigra-  
tion folgte, seine Bindung zum Judentum und seine  
deutschfeindliche Einstellung hinreichend zum Ausdruck  
gebracht. Die Voraussetzungen für seine Ausbürgerung  
und die Erstreckung auf sein Kind, den Mischling I.  
Grades Hilde Marianne Roth, sind daher gegeben.

Ich ersuche um Vorlage eines Ausbürgerungs-  
vorschlages gegen Roth entsprechend den einschlägigen  
Bestimmungen.

Im Auftrage:  
gez.: Engelmann.

Beglaubigt:

*Keller*  
Kanzleiangestellte.



|                                     |            |            |        |
|-------------------------------------|------------|------------|--------|
| Geheime Staatspolizei               |            |            |        |
| Staatspolizeistelle Nürnberg-Fürth. |            |            |        |
| Eing.                               |            | 5 AUG 1942 |        |
| II.                                 |            | 1          |        |
| Referat                             | Verwaltung | Erziehung  | Stell. |
| <i>Engelmann</i>                    |            |            |        |

Be.

Bayer. Staatsarchiv Würzburg  
Bestand: Gestapo-Akten  
Bund: 309



422

# Reichssicherheitshauptamt

II A 5 Nr. 10734/42-212-5-

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 10. Dezember 1942

Prinz-Albrecht-Straße 8

Fernsprecher: Ortsverkehr 120040 - Fernverkehr 126421

Abschrift

Der Reichsführer-  
und Chef der Deutschen Polizei  
im Reichsministerium des Innern

S II A 5 Nr. 10734/42-212-5-

An  
das Auswärtige Amt  
in Berlin.

Berlin, den 18. November 1942

|                               |            |
|-------------------------------|------------|
| Geh. Staatspolizei            |            |
| Staatspol. Stelle Würzburg    |            |
| Eing: 17. DEZ. 1942 Abt. .... |            |
| Nr. ....                      | Beil. .... |

Betrifft: Den deutschblütigen Studienrat a.D. Karl Walter R o t h, geb. am 24.3.1902 in Fürth i. Bayern, letzter inländischer Wohnsitz: Würzburg, Neubergstr. 24, jetziger Aufenthalt: London.

Bezug: Ohne.

Anlagen: 1 Durchschrift.

-----

Gegen den vorgenannten Karl Walter R o t h ist die Einleitung eines Verfahrens auf Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit gemäß § 2 des Gesetzes vom 14. 7.1933 (RGBl. I S. 480 ff.) unter gleichzeitiger Erstreckung der Ausbürgerung auf seine Tochter, den Mischling I. Grades Hilde Marianne, geb. am 21.5.1935 in Würzburg, beabsichtigt. Roth reiste am 6.2.1939 mit seiner Ehefrau, der Jüdin Emma Sara geb. Simon, geb. am 27.3.1910 in Würzburg, und dem Kinde Hilde Marianne nach London aus. Die Ehefrau hat inzwischen auf Grund der 11. VO. z.RBG. vom 25.11.1941 (RGBl. I S. 722 ff.) die deutsche Staatsangehörigkeit verloren. Nach Ablauf von 6 Monaten wollte R. mit seinem Kinde wieder nach Deutschland zurückreisen; bis zum heutigen Tage ist er jedoch in das Reichsgebiet nicht zurückgekehrt.

Bevor ich das Ausbürgerungsverfahren gegen Roth durchführe, wäre ich für eine Mitteilung dankbar, ob für Roth noch nach Ausbruch des Krieges mit Großbritannien die Möglichkeit einer Rückkehr in das Reichsgebiet, evtl. im Wege eines Austausches, bestanden und Roth nachweisbar diese Möglichkeit abgelehnt hat.

Im Auftrage:  
gez. Engemann

Abschrift

Bayer. Staatsanw. Würzburg  
Bestand: Gestapo-Akten  
Bund: 309

423



Abschrift

Auswärtiges Amt

Berlin W 8, 28. November 1942

Nr. D III 6911

Auf das Schreiben vom 18. November 1942

- S II A 5 Nr. 10734/42-212-5-

Für den deutschblütigen Studienrat a.D. Karl Walter Roth, geboren am 24. März 1902 in Fürth in Bayern, hat keine Möglichkeit bestanden, nach Kriegsausbruch England zu verlassen. Ob Roth daraus ein Vorwurf gemacht werden kann, daß er vor Ausbruch des Krieges nicht in das Reichsgebiet zurückgekehrt ist, läßt sich ohne Kenntnis der näheren Umstände nicht entscheiden. Interniertenlisten aus England liegen nur teilweise vor. Die für die Ausbürgerung nicht unerhebliche Frage, ob Roth interniert ist, kann daher einwandfrei gegenwärtig nicht geklärt werden.

Es wird anheimgestellt, die Einleitung eines Ausbürgerungsverfahrens bis nach Beendigung des Krieges zurückzustellen.

An den

Reichsführer-~~4~~ und Chef der Deutschen  
Polizei im Reichsministerium des Innern

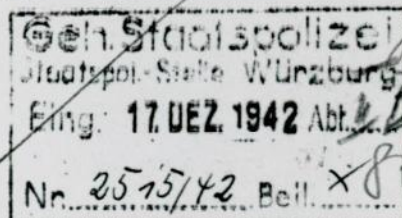
Im Auftrage  
gez. Unterschrift

Personalakt: beigelegt  
nicht vorhanden

In Abschrift

der Geheimen Staatspolizei  
-Staatspolizeistelle Nürnberg-Fürth  
-Außendienststelle Würzburg.

in Würzburg.



zum Bericht vom 23.10.1942 - Fgb.Nr. II B 3 - 2515/42-  
zur gefälligen Kenntnisnahme übersandt.

Bei der gegebenen Sachlage habe ich die Durchführung des beantragten Ausbürgerungsverfahrens gegen den Studienrat a.D. Karl Walter Roth und seine Tochter Hilde Marianne bis nach Beendigung des Krieges zurückgestellt.

Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeistelle Nürnberg  
Außendienststelle Würzburg

Im Auftrage:  
gez. Wassenberg

Wzbg., 19.12.42.



Beglaubigt:

II B 3

1.) Kenntnis genommen.

2.) Wgl.z.Pers.Akt: Roth, Walter Karl,  
geb.24.3.02 in Fürth i.B.

I.A.

*Thür*

Büroangestellte

Schn

424



# Reichssicherheitshauptamt

II A 5 - Nr. 10782/42-212-5-

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum  
anzugeben

Berlin SW 11, den 13. September 1942  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 120040

An die  
Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeistelle Nürnberg-Fürth  
- Außendienststelle Würzburg -  
in Würzburg  
Ludwigstr. 2.

Geh. Staatspolizei  
Staatspol.-Stelle Würzburg  
Eing. 18. SEP 1942 AM 11  
Nr. 7097/42 Beil. X

Betrifft: Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit  
des Juden Theodor David Israel Rosenheimer,  
geboren am 23.10.1897 in Archshofen, Kreis  
Mergentheim, und seiner Familienangehörigen.

Bezug: Bericht vom 31.8.1942 - II B 3 -.

Mit dem Inkrafttreten der 11. Verordnung zum Reichs-  
bürgergesetz vom 25.11.1941 (RGBl. I S. 722 ff.) haben  
alle im Ausland lebenden Juden deutscher Staatsangehörig-  
keit diese verloren. Zugleich ist mit dem Verlust der  
Staatsangehörigkeit ihr Vermögen dem Reiche verfallen.

Die Durchführung des Ausbürgerungsverfahrens gegen  
den Juden R o s e n h e i m e r und seine Familienan-  
gehörigen ist somit gegenstandslos geworden. Der Bruder  
des Theodor David Israel Rosenheimer, der Jude Moses  
Rosenheimer, geboren am 7.4.1896 in Archshofen, hat  
gleichfalls auf Grund der 11. Verordnung zum Reichsbür-  
gergesetz die deutsche Staatsangehörigkeit verloren.

Hinsichtlich der Feststellung des Vermögensverfalls  
nach § 8 aaO. ersuche ich das Weitere nach den Bestim-  
mungen des Runderlasses vom 9.12.1941 - II A 5 - Nr.  
230<sup>V</sup>/42-212- zu veranlassen.

Im Auftrage:

gez. Wassenberg

Beglaubigt:

*Thürmer*  
Kanzleiangeestellte.



MW.

Bayer. Staatsarchiv Würzburg  
Bestand: Gestapo-Akten  
Bund: 306

17. SEP 1942



398

# Reichssicherheitshauptamt

Berlin SW 11, den 30. September 1941  
 Prinz-Albrecht-Straße 8  
 Fernsprecher: 120040

II A 5 b - R. 15433.

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

An die Geneime Staatspolizei  
 Staatspolizei-leit-stelle  
 in Nürnberg-Fürth.

Betrifft: Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit  
 des Juden Jakob Israel Rosenfeld,  
 geb. am 3.5.1878 in Aub, Landkreis Ochsenfurt.

Bezug: Bericht <sup>der</sup> ~~vom~~ Staatspolizeistelle Würzburg vom  
 18.12.1940, Tgb.Nr. II B - 7984/40, mein Erlaß  
 an diese vom 21.2.1941, I A 11 - R. 15433, und  
 dortiger Bericht vom 30.8.1941, Nr. 6566/40, II B 3

Gegen die vorbezeichnete Person habe ich das Ausbürger-  
 ungsverfahren antragsgemäss eingeleitet.

Im Auftrage:  
 gez. Engelmann.

|                                     |            |          |          |
|-------------------------------------|------------|----------|----------|
| Geneime Staatspolizei               |            |          |          |
| Staatspolizeistelle Nürnberg-Fürth. |            |          |          |
| 6. OKT. 1941                        |            |          |          |
| II B                                | 26566      | 40       | X        |
| Reiter                              | Bedienungs | Vorname  | Nachname |
| EB3                                 |            | 20.5.193 | IFA      |



Beglaubigt:  
 Kanzleiangestellte.  
 Hü

Bayer. Staatsarchiv Würzburg  
 Bestand: Gestapo-Akten  
 Bund: 305

387



✓ Nr. 6566/40 II B 3.

Urschriftlich an die

Geheime Staatspolizei  
Nürnberg - Fürth

- Außendienststelle -

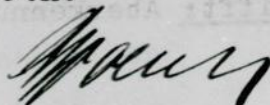
in Würzburg

zur gefl. Kenntnisnahme.

Nürnberg, den 2. Dezember 1941

Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeistelle Nürnberg-Fürth

J.A.



Stapo.-Außendienststelle

B.Nr. II B 3 - 7984/40 ✓

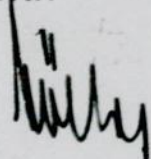
Würzburg, den 10. Dezember 1941.

May.

1.) Kenntnis genommen und vorgemerkt. Weiteres ist in der Angelegenheit vorerst nicht veranlaßt.

2.) Weglegen zum Pers. Akt: Jakob Jsrael R o s e n f e l d, geb. am 3.5.1878 in Aub.

I. A.



Kr.

388

# Geheime Staatspolizei

Staatspolizeistelle Nürnberg-Fürth  
Außendienststelle Würzburg -  
Tgb. Nr. II B 3 -Kr/St. -

Würzburg,

~~Würzburg~~

Nürnberg, den 5. Dezember 1942.

|                           |
|---------------------------|
| Kanzlei                   |
| erhalten am: 7. Dez. 1942 |
| gefertigt: _____          |
| gelesen: _____            |
| abgesandt: 7. Dez. 1942   |

## Reichssicherheitshauptamt

- Referat IV B 4 -

in Berlin

**Betrifft:** Vermögensverfall bei Juden auf Grund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 (RGBl. I S. 722 ff.).

**Bezug:** -----

**Anlagen:** 1 Durchschrift.

Ich bitte, die Feststellung zu treffen, daß das Vermögen des ~~(der)~~ nachstehend aufgeführten Juden ~~(Juden)~~, der ~~(die)~~ zuletzt die deutsche Staatsangehörigkeit besessen hat, auf Grund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 (RGBl. I S. 722 ff.) dem Reiche verfallen ist.

1. Name: R o s e n f e l d  
(bei Frauen auch Geburtsname)

Vornamen: Jakob Israel  
(Rufnamen unterstreichen)

2. Geburtstag: 3. 5. 1878

3. Geburtsort und Kreis: A u b /Ldkrs. Ochsenfurt

4. Letzter inländischer Wohnsitz: Würzburg, Sterngasse 12  
(genaue Anschrift ist anzugeben)

5. Zeitpunkt der Abwanderung: 24. 7. 1940 nach Baldimore  
(falls er vor dem Inkrafttreten der 11. Verordnung zum RBG. liegt, genügt diesbezügliche Angabe.)

6. Inländische Vermögenswerte: Bei der Bayer. Vereinsbank, Filiale Würzburg, ein Auswanderer-Sperrguthaben von RM 21.-  
(Art der Vermögenswerte und deren ungefähre ziffernmäßiger Wert ist anzugeben, ferner Angabe, ob bereits Sicherstellung der Vermögenswerte erfolgt ist.)

7. Angabe, ob Renten, Versorgungsgebühren usw. bezogen wurden und Einstellung der Zahlung veranlaßt ist:

Nein.

2) Auswertung in der Kartei: Auf Grund der 11. VO. z. RBG. hat der Jude Jakob Israel Rosenfeld, die deutsche Staatsangehörigkeit verloren.

3) Weglegen z. Pers. Akt: Jakob Israel Rosenfeld, geb. 3. 5. 78.

Bayer. Staatsarchiv Würzburg  
Bestand: Ges. po-Akten  
Bund: 305



389

# Geheime Staatspolizei

Staatspolizeistelle Würzburg

Mondschein Morin

Jüdin geb. Silbermann

geb.

24. 12. 1889

in

Teil a/M.

220





221

Akten  
der  
Geheimen Staatspolizei  
Staatspolizeistelle  
Würzburg  
über

Lr. *Weber Max*  
(Familien- und Vornamen)

*8. 2. 1890*  
(Geburtsdatum)

*Berlin - Köpenick*  
(Geburtsort)

Akz. ....

Bayer. Staatsarchiv Würzburg  
Bestand: Gestapo-Akten  
Band: 279

N/1039

497



153

# Der Reichsminister Des Innern

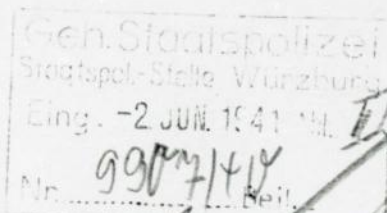
Dol. S II A 5(neu) Nr.417/41-212-

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 29. Mai 1941.  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 120040

An

die Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle Würzburg  
in W ü r z b u r g.



Personalakt: beigelegt  
nicht vorhanden

Betrifft: Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens.

Bezug: Bericht vom 24. April 1941 - II B - 9907/40 -.

Nach dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14. Juli 1933 (RGBl. I, S.479) wird festgestellt, daß die Bestrebungen des Juden Prof.Dr.med. Max Israel Meyer, geboren am 8. Februar 1900 in Berlin-Schöneberg, bisher wohnhaft gewesen in Würzburg, jetziger Wohnort Ankara, volks- und staatsfeindlich gewesen sind.

Ich ersuche, wegen der Einziehung das Weitere zu veranlassen

Im Auftrage:

gez: Richter.



Beglaubigt:

*Hagen*  
Kanzleiangestellte

Sch.

Bayer. Staatsarchiv Würzburg

Bestand: Gestapo-Akten

Bund: 279

154